



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
6. September 2018

Protokoll Nr. 23

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 28. Juni 2018, 9.00–12.25 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:

Ratspräsident András Özvegyi

Präsenz:

Anwesend sind 46 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Jörg Krähenbühl und Roger Sonderegger

Vom Stadtrat ist Baudirektorin Manuela Jost entschuldigt.

Protokoll:

Franz Lienhard

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	2
2. Delegation in Zweck- und Gemeindeverbände Amtsperiode 2016–2020 Wahlantrag an den Grossen Stadtrat (StB 325 vom 6. Juni 2018)	4
3. Bericht und Antrag 2/2018 vom 28. März 2018: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017	4
4. Bericht und Antrag 9/2018 vom 25. April 2018: Attraktive Luzerner Innenstadt <ul style="list-style-type: none">▪ Stellungnahme zur Initiative «Aufwertung der Innenstadt: Kein Diskussionsverbot – Parkhaus Musegg vors Volk!»▪ Vorschlag des Stadtrates	13
5. Postulat 180, Michael Zeier-Rast, Agnes Keller-Bucher und Peter Gmür namens der CVP-Fraktion vom 1. März 2018: Toilettensituation bei den Spielplätzen überprüfen und wo nötig verbessern	38
6. Postulat 203, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion vom 2. Mai 2018: Tribtschenstadt	38

7.	Postulat 200, Gianluca Pardini und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 26. April 2018: Kein Denkmal für überholtes Weltbild auf dem Kornmarkt	Das Postulat wurde vor der Sitzung zurückgezogen.
8.	Postulat 157, Maria Pilotto und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion vom 24. November 2017: Familienergänzende Kinderbetreuung nachhaltig sichern und vorausschauend planen	39
9.	Interpellation 186, René Peter namens der FDP-Fraktion vom 23. März 2018: HiG Massnahme 39 – im Leistungsbereich «Honorare für Leistungen an Dritte» beim Tiefbauamt	40
–	Dringliche Interpellation 216, Mirjam Fries und Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 18. Juni 2018: Marschhalt im Südpol?	40

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident András Özvegyi begrüsst die Anwesenden zur 23. Sitzung des Grossen Stadtrates. Er beginnt wie immer mit einem Zitat: «Die Probleme, die es in der Welt gibt, können nicht mit den gleichen Denkweisen gelöst werden, die sie erzeugt haben.» Diese Aussage stammt von Albert Einstein und ist seit zehn Jahren das Lieblingszitat des Sprechenden.

Er war am letzten Sonntagnachmittag auf dem Dampfer «Stadt Luzern», auf welchem die Dampferfreunde, angeführt von Ständerat Damian Müller, ihre Sammelaktion starteten. Sie bedanken sich recht herzlich bei der Stadt für die Spende, welche die Stadt für die Sanierung des Dampfschiffs «Stadt Luzern» gab. Diesen Dank will der Sprechende hier ausrichten.

Jonas Wydler wird zu Beginn der Sitzung für das Onlinemagazin zentralplus fotografieren. Im Lauf der Sitzung wird Werner Kurmann von Tele 1 Filmaufnahmen machen.

Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Er gratuliert Christian Hochstrasser, der am letzten Sonntag zum dritten Mal Vater wurde. [Herzlicher Applaus der Anwesenden.]

Laura Grüter Bachmann durfte gestern ihren 50. Geburtstag feiern. Der Sprechende wünscht ihr viel Glück und gute Gesundheit. [Laura Grüter Bachmann erhält Rosen. Die Anwesenden applaudieren herzlich.]

Es gibt heute eine Verabschiedung: Ivo Durrer hat seinen Rücktritt erklärt. Ivo Durrer kam im Januar 2011 als Nachfolger von Trudi Bissig-Kenel in den Grossen Stadtrat. Er war also über sieben Jahre lang Mitglied des Grossen Stadtrates. Er war Stimmzähler und hat sich in seiner Zeit als Grossstadtrat vor allem für das Gewerbe eingesetzt. Der Sprechende bedauert, dass Ivo Durrer

das nicht weiterhin im Grossen Stadtrat tun kann. Er wünscht ihm alles Gute für seine weitere Zukunft. [Die Anwesenden schliessen sich diesem Wunsch mit einem Applaus an.]

Der Sprechende hält zuhanden des Protokolls fest, dass der B+A 8/2018: «Erweiterung der Schulanlage Würzenbach» von der Baukommission zur Überarbeitung zurückgewiesen wurde. Der Stadtrat opponiert der Rückweisung nicht. Aus diesem Grund ist der B+A nicht als Geschäft für die heutige Sitzung traktandiert.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen:

Das Dringliche Postulat 215, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, Korintha Bärtsch namens des G/JG-Fraktion und Judith Wyrsh vom 18. Juni 2018: «Erhalt des Schulhauses Grenzhof – Machbarkeit prüfen!» wurde kurz vor der Sitzung zurückgezogen.

Rieska Dommann und die Postulantinnen mussten das Dringliche Postulat leider heute Morgen zurückziehen. Sie hatten inständig gehofft, dass spätestens heute die lange erwartete Antwort der Dienststelle Hochschulbildung und Kultur des Kantons Luzern zur Unterschutzstellung vorliegen würde. Leider war diese Hoffnung vergebens, die Stadt wartet weiterhin auf diesen längst fälligen Entscheid. Aus Sicht eines Eigentümers eines Grundstücks – in diesem Fall ist es die Stadt Luzern – finden die Postulantinnen und der Sprechende es unsäglich, was für Verzögerungen in diesem Prozess entstehen. Es ist unhaltbar und völlig inakzeptabel, dass eine kantonale Dienststelle so lange Zeit für einen Entscheid braucht. Gemäss B+A zum Wettbewerbskredit, den der Grosse Stadtrat beschlossen hat, hätte der Entscheid Ende 2017 vorliegen sollen. Jetzt ist bereits wieder ein halbes Jahr vergangen und die Stadt weiss immer noch nicht, was Sache ist. Mit dem heutigen Tag ist das Thema nicht erledigt, sondern leider nur vertagt. Es ist den Postulantinnen und dem Postulanten nicht gelungen, eine Mehrheit des Parlaments von diesem Postulat zu überzeugen, darum haben sie es zurückgezogen. Aus vielen Gesprächen mit Mitgliedern des Parlaments hat der Sprechende herausgehört, dass man eben zuerst den Entscheid der Denkmalpflege haben möchte, bevor man über das weitere Vorgehen diskutiert. Daher kann man das Postulat jetzt nicht behandeln. Nach Ansicht des Sprechenden hat man eine Chance verpasst, die Stadt hat keine Zeit gewonnen, sie hat auch sonst nichts gewonnen, das Thema bleibt ihr erhalten.

Ratspräsident Andrés Özvegyi: Bei der **Dringlichen Interpellation 216, Mirjam Fries und Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 18. Juni 2018: «Marschhalt im Südpol?»**, opponiert der Stadtrat der Dringlichkeit nicht.

Auch aus dem Grossen Stadtrat wird der Dringlichkeit der Interpellation 216 nicht opponiert.

Ratspräsident Andrés Özvegyi: Somit wird die Interpellation an der heutigen Sitzung behandelt. Die Antwort wird jetzt verteilt.

Zur Traktandenliste

Gianluca Pardini: Die Postulanten des Postulats 200: «Kein Denkmal für überholtes Weltbild auf dem Kornmarkt» haben sich entschlossen, das Postulat zurückzuziehen. Die Sachlage hat sich dahingehend erledigt, dass die Postulanten mit der Antwort des Stadtrates zufrieden sind. Man hat gesehen, dass es offenbar auch ein verwaltungsinternes Problem war. Die Postulanten sehen deshalb in dieser Sache für den Grossen Stadtrat keinen Diskussionsbedarf mehr.

Ratspräsident András Özvegyi präzisiert, dass die Postulanten das Postulat schon vor der Ratsitzung zurückgezogen haben. Das Traktandum 7 fällt deshalb weg.

Im Verlauf der Sitzung ergibt sich folgende Umstellung der Traktanden: Die Traktanden 5 und 6 werden vor Traktandum 4 behandelt. Die Protokollierung folgt der Traktandenliste.

2 Delegation in Zweck- und Gemeindeverbände Amtsperiode 2016–2020 Wahlantrag an den Grossen Stadtrat (StB 325 vom 6. Juni 2018)

Ratspräsident András Özvegyi: Es geht um die Nachfolge von Armida Raffener im Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG). Der Stadtrat schlägt Stefan Liembd, Leiter Soziale Dienste, als Delegierten der Stadt Luzern vor.

Der Grosse Stadtrat wählt Stefan Liembd als Delegierten der Stadt im Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG) für die verbleibende Amtsperiode bis 31. August 2020.

3 Bericht und Antrag 2/2018 vom 28. März 2018: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017

EINTRETEN

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 24. Mai 2018 den B+A 2/2018: «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017» beraten und ohne Gegenstimme verabschiedet. Der städtische Haushalt ist im Gleichgewicht. Die Laufende Rechnung schloss mit einem Ertragsüberschuss von 18,7 Mio. Franken ab, was jedoch auch einige nicht so erfreuliche Ursachen hatte, wie z. B. die Einsparungen bei der Prämienverbilligung durch den Kanton, welche die Stadt selber nicht wollte. Zu Diskussionen Anlass gab, dass die Steuererträge unter den Erwartungen blieben. Zudem war einmal mehr der Investitionsplafond

nicht ausgeschöpft worden. Auch teilt die GPK die Sorge des Stadtrates betreffend die Finanzplanung des Kantons, welche die Stadt mit noch unklaren Mehrbelastungen treffen dürfte. Diesbezüglich ärgerlich ist, dass die Stadt nur ungenügend in die Entscheidungsfindung des Kantons einbezogen wird, obwohl sie die einwohnerstärkste Gemeinde ist und manche Zentrumslast zu stemmen hat. Die GPK genehmigte den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung einstimmig und stimmte der Verwendung des Überschusses zu, ebenso wie der Überführung eines flächenmässig geringen Grundstücks in das Finanzvermögen und der Umwandlung einer bisher befristeten Stelle in eine unbefristete.

René Peter: Erfreulicherweise schliesst die Rechnung 2017 der Stadt Luzern bereits zum vierten Mal in Folge mit einem Überschuss ab. Dieses Ergebnis ist jedoch wiederum geprägt von zum Teil einmaligen Ereignissen trotz schwächerem Wachstum bei den Steuern. Die Nettoverschuldung kann reduziert und das Eigenkapital erhöht werden.

Zuerst möchte die FDP-Fraktion allen einen Dank für die Erstellung der Rechnung und des Geschäftsberichts aussprechen. Erst wenn man dieses Dokument liest, stellt man auch die Vielfalt der Stadt Luzern fest.

Leider fehlen der Stadt gegenüber dem Voranschlag 2017 bei den Steuern rund 10 Mio. Franken Erträge, gegenüber der Rechnung 2016 sind es sogar Mindereinnahmen von rund 11 Mio. Franken. Sicher braucht es nun eine Analyse der Steuereinnahmen, vor allem im Blick auf die zukünftigen Steuererträge.

Der Nettoaufwand für Gemeindeaufgaben ist um 6,5 Mio. Franken geringer. Der geringere Aufwand ist stark bedingt durch exogene Faktoren, wie weniger Schüler, weniger Prämienverbilligungen und Ergänzungsleistungen usw. Der innerstädtische Verwaltungsaufwand ist jedoch gewachsen. Die Vorgabe, wonach das Ausgabenwachstum nicht höher sein soll als das Wachstum der nominalen Wirtschaftskraft, wurde nicht eingehalten. Diese Vorgabe muss in Zukunft unbedingt eingehalten werden. Wenn man das nicht will, soll man doch diese Vorgabe einfach streichen.

Die FDP-Fraktion setzt sich für eine nachhaltige Finanzpolitik ein. Der Kanton möchte das Abgeltungsmodell der Volksschule zugunsten der Gemeinden anpassen und gleichzeitig einen Steuerfussabtausch realisieren. Das führt jedoch für die Stadt zu einer massiven Mehrbelastung.

Die FDP-Fraktion warnt vor einer Euphorie und hofft, dass trotz des guten Abschlusses weiterhin haushälterisch mit den Finanzen umgegangen wird. Die Stadt muss als Daueraufgabe stets über Leistungen und Leistungsstandards diskutieren und ihre Positionierung als Gemeinwesen auch innerhalb des Kantons festigen. Es darf nicht sein, dass die Ausgaben mehr wachsen als die Einnahmen. Die Herausforderungen für die kommenden Jahre sind gross.

Was die Fraktion betrübt und was der Sprechende auch in den Vorjahren schon erwähnt hat, sind die Investitionen. Wiederum wurde der Plafond um rund 7,1 Mio. Franken nicht ausgeschöpft und die Bruttoinvestitionen sind gegenüber der Rechnung 2016 sogar um 5,1 Mio. Franken geringer. Die Begründung: Projektverzögerungen oder -verschiebungen. Die FDP-Fraktion fragt sich, weshalb die verschiedenen Projekte nicht besser priorisiert werden und weshalb es kein geeignetes und funktionierendes Projektcontrolling gibt. Sie hofft, dass sich das in Zukunft verbessert. Der Sprechende erinnert daran, dass ab 2018 der Plafond sogar auf 50 Mio. Franken erhöht wird. Es kann nicht sein, dass die Stadt den grossen Investitionsbedarf von Jahr zu Jahr vor sich herschiebt

und der Investitionsberg immer grösser wird. Gerade beim aktuellen Zinsumfeld sollte man unbedingt versuchen, diese Ziele zu erreichen.

Ferner kommt noch dazu, dass der Stadtrat den werterhaltenen Unterhalt bei den Liegenschaften vernachlässigt. Wurden im Jahr 2012 noch 2 % der Gebäudeversicherungssumme ausgegeben, so sind es in der Rechnung 2017 nur noch 0,7 %. Die Strategie der letzten Jahre hat, wenn sie mittelfristig weitergeführt wird, einen kontinuierlichen Wertverlust der Gebäude im Verwaltungsvermögen der Stadt Luzern zur Folge. Die Umsetzung ist ungenügend. Es war auch nicht der Auftrag des Parlaments, hier so drastisch zu sparen. Es ist von der Verwaltung fahrlässig, die Gebäude ungenügend zu unterhalten. Deshalb hat die FDP-Fraktion einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Die FDP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung ein und wird ihnen zustimmen.

Thomas Gfeller: Die Finanzlage der Stadt Luzern sieht bereits zum vierten Mal in Folge sehr gut aus und schliesst mit einem Überschuss von 18,7 Mio. Franken ab, mehr als 10,7 Mio. Franken höher als die veranschlagten 8 Mio. Franken. Dieses Ergebnis ist mit Vorsicht zu geniessen, da es geprägt ist von einmaligen Sondererträgen. Sicher tragen die Sparpakete der letzten Jahre zum positiven, erfreulichen Ergebnis bei, weil sie jetzt zum wiederholten Mal greifen. Die Sparmassnahmen wurden von allen mitgetragen. Es ist auch zukünftig darauf zu achten, dass die Finanzen im Lot sind und die Aufwände nicht grösser als die Einnahmen ausfallen. Leuchtet man ein wenig in die Zukunft, so erkennt man, dass die Stadt Luzern vor sehr grossen Herausforderungen steht. Diverse Sanierungsprojekte und Erneuerungsbauten stehen an. Der Sprechende denkt an die Schulhäuser, die saniert werden müssen, an die Fernwärmeerschliessung und nicht zuletzt auch an die Spange Nord. Leider wurden in der Vergangenheit die werterhaltenden Massnahmen bei Liegenschaften, also der Gebäudeunterhalt, nicht immer konsequent verfolgt, was letztlich dazu führt, dass Renovationsarbeiten jetzt umso dringlicher und kostenintensiver anfallen. Die SVP-Fraktion erwartet, dass im unternehmerischen Sinn jährlich ein prozentualer Betrag der Gebäudeversicherungssumme für den Liegenschaftsunterhalt budgetiert und eingesetzt wird.

Eine Steuersenkung wurde innerhalb der SVP-Fraktion eingehend geprüft und diskutiert. Die Fraktion kam aufgrund der letzten positiven Jahre zum Schluss, dass das Volk partizipieren soll. Deshalb wird sie eine Steuersenkung beantragen. Bereits in der GPK wurde diese Forderung von ihr platziert. Die Fraktion würde sich freuen, wenn ihr Anliegen heute auch von anderen Fraktionen zustimmend aufgenommen würde, beziehungsweise andere Fraktionen ihre Unterstützung des Antrags bereits heute zusichern würden. Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm zustimmen.

Mirjam Fries: Wenn ein Geschäftsbericht so wenig zu reden gibt wie in diesem Jahr, kann die Stadt auf ein finanziell gutes Jahr zurückblicken. Die CVP-Fraktion möchte an dieser Stelle der Verwaltung für die gute Arbeit danken, welche sie wiederum geleistet hat. Wie erwähnt, die Zahlen sind gut. Die CVP-Fraktion freut sich, dass die Stadt 2017 wiederum mit einem Gewinn abschloss, der mit 18,7 Mio. Franken sogar 10,9 Mio. Franken höher als budgetiert ausfiel.

Was die Ausgaben betrifft, liegen sie 6,5 Mio. Franken unter dem Budget. Das spricht eigentlich für ein gutes Kostenmanagement. Wenn man aber genauer hinschaut, sieht man, dass ein Teil der Einsparungen darauf zurückzuführen ist, dass die Stadt mit dem Kanton unfreiwillig mitgespart hat.

Die Sprechende meint damit vor allem die Prämienvorbilligungen. Unschön ist aus Sicht der Fraktion die Tatsache, dass das Ausgabenwachstum 2,2 % beträgt, was über dem realen Wirtschaftswachstum von 1 % liegt. René Peter hat es vorhin gesagt: Da hält die Stadt ihre finanzpolitischen Vorgaben nicht ein. Das muss sie für die Zukunft korrigieren, damit sie nicht schon bald ihren Handlungsspielraum, den sie jetzt hat, wieder aufgeben muss.

Auf der Einnahmenseite gibt die Entwicklung der Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen zur Sorge Anlass. Diese sind nämlich 11 Mio. Franken unter dem Budget und 5 Mio. Franken unter dem Vorjahr. Die Steuereinnahmen pro Kopf sind gesunken. Diesen Rückgang einzig mit der Lohnentwicklung und dem eher geringen Bevölkerungswachstum zu begründen, ist aus Sicht der CVP-Fraktion zu kurz gegriffen. Die Fraktion hat dazu auch eine Interpellation eingereicht.

Fast schon zu einem Dauerthema wird der Investitionsplafond von 34,6 Mio. Franken für das Jahr 2017, welcher wiederum nicht ausgeschöpft wurde. Da gilt es, griffige Massnahmen zu ergreifen, um die Projektdurchlaufzeiten zu verkürzen. Es lohnt sich aber sicher auch, grundsätzlich einmal eine Diskussion über den Investitionsplafond zu führen: Was ist er eigentlich genau, ist er eine Obergrenze, ist er ein Investitionsziel? Wie auch immer, die Abweichung zwischen dem Plan und dem Erreichten ist bei den Investitionen zu gross. Die Stadt ist nicht fähig, die geplanten Projekte in der gewünschten Zeit zu realisieren.

Noch ein Wort zu den Steuern. Die SVP-Fraktion hat jetzt den Antrag gestellt, eine Steuersenkung zu machen. Letztes Jahr brachte die CVP-Fraktion die Idee eines Steuerrabatts ins Spiel, vor allem darum, weil die Steuereinnahmen zweimal in Folge höher als budgetiert ausfielen. Ihr Vorschlag war letztes Jahr nicht mehrheitsfähig. Was eine Steuersenkung betrifft, so hat die CVP-Fraktion letztes Jahr auch noch ein bisschen damit sympathisiert. Wenn man jetzt aber die Situation auch in Bezug auf den Kanton mit der Aufgaben- und Finanzreform anschaut, glaubt die CVP-Fraktion nicht, dass eine Steuersenkung zum heutigen Zeitpunkt Sinn macht.

Zusammengefasst kann man sagen: Die Stadt weist ein gutes Ergebnis aus, mit gewissen Alarmzeichen in Bezug auf das Kostenwachstum und auf die Entwicklung der Steuereinnahmen. Alarmzeichen gibt es aber auch vonseiten des Kantons, wo die Aufgaben- und Finanzreform im Moment nichts Gutes für die Stadt verheisst.

Die CVP-Fraktion tritt auf die Jahresrechnung ein und wird ihr zustimmen.

Simon Roth: Die Behandlung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung verläuft jedes Jahr etwa ähnlich. Stichwortartig könnte der Sprechende sein Votum so zusammenfassen: Dank an alle Beteiligten; es gibt sogenannte einmalige Effekte; der Investitionsplafond wurde nicht ausgeschöpft; Gefahren, welche vonseiten des Kantons drohen. Das wäre etwa die Kurzfassung. Der Sprechende wird jetzt trotzdem ein bisschen ausführlicher: Er nutzt gern die Gelegenheit, all jenen Personen zu danken, welche ihren Beitrag dazu leisten, dass die Stadt Luzern lebenswert, freundlich und weltoffen ist. Die SP/JUSO-Fraktion dankt allen, welche sich in irgendeiner Form freiwillig für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner einsetzen. Sie dankt all jenen, welche Arbeiten übernehmen, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden, die aber für das Funktionieren der Stadt schlicht unerlässlich sind.

Auch bei der Jahresrechnung ist das meiste wie immer. Einmalige Effekte haben zu einem höheren Gewinn als ursprünglich budgetiert geführt. Der Stadtrat nennt das ein erfreuliches Ergebnis. Bei einem zweiten Blick darauf zeigt sich jedoch, dass ein Teil der tieferen Ausgaben auf Spar-

massnahmen des Kantons zurückgeht. Dazu gehört insbesondere die Reduktion bei den Prämienverbilligungen. In dieser Sparmassnahme kann der Sprechende gar nichts Erfreuliches erkennen. Da konnten Ausgaben nicht getätigt werden, die für viele Menschen in dieser Stadt wichtig gewesen wären. Dass sogar bereits ausgezahltes Geld zurückgezahlt werden musste, war wohl ein Tiefpunkt der missglückten kantonalen Steuerstrategie.

Letztes Jahr gab es bei der Jahresrechnung immerhin eine kleine Überraschung: Statt wie bisher den weit über Budget liegenden Gewinn einfach wie gewohnt im Eigenkapital verschwinden zu lassen, wurden konkrete Massnahmen zugunsten der Bevölkerung vorgeschlagen. Der Sprechende kann nachvollziehen, dass man dieses Jahr darauf verzichtete. Trotzdem möchte er an dieser Stelle seiner Hoffnung Ausdruck geben, dass das letztjährige Vorgehen bei einer vergleichbaren Ausgangssituation wieder gewählt würde, auch unter HRM2.

Leider inzwischen ein fester Bestandteil der Besprechung der Jahresrechnung ist die mangelnde Investitionsfähigkeit der Stadt. Trotz eines ausgewiesenen Investitionsüberhangs ist die Stadt nicht in der Lage, Investitionen wie geplant zu tätigen. Wenn der Sprechende sieht, dass bei knapp der Hälfte der Meilensteine der Baudirektion von zeitlichen Verzögerungen die Rede ist, wird offensichtlich, dass die Stadt da ein Problem hat, nicht zuletzt darum, weil sich Projekte der Baudirektion aufgrund eines teilweise doch ziemlich unbeholfenen Vorgehens verzögerten. In den letzten vier Jahren wurden insgesamt knapp 30 Mio. Franken weniger investiert, als gemäss Plafond vorgesehen war. Besonders beunruhigend daran ist, dass die Differenz zwischen den tatsächlich getätigten Nettoinvestitionen und dem Plafond von Jahr zu Jahr stieg. Es ist also nicht so, dass es in den vergangenen Jahren irgendwie besser geworden wäre, nein, es wurde sogar immer schlimmer. Der Sprechende erwartet vom Stadtrat, dass er im Zusammenhang mit dem Budget 2019 zeigt, dass er dieses Problem endlich ernst nimmt und wie er damit umgehen will. Dazu braucht es einerseits eine Analyse, wo die Probleme liegen, woran die Ausschöpfung des Investitionsplafonds scheitert. Man muss sich ernsthaft Gedanken machen, wie man damit umgehen will. Es braucht andererseits den Mut des Stadtrats, den Plafond auch zu überbuchen. Der Plafond sollte stärker als Zielwert interpretiert werden. Es gilt, so nahe wie möglich an den Investitionsplafond heranzukommen.

Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den B+A eintreten und den verschiedenen Anträgen zustimmen.

Jules Gut beginnt gern mit einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Verwaltung für die im Namen der Stadt Luzern geleistete Arbeit. Diese wird von der GLP-Fraktion wie auch von der Bevölkerung sehr geschätzt. Das Ergebnis der Jahresrechnung 2017 hat die GLP-Fraktion überrascht und zugleich erfreut. Der nun gewonnene Spielraum muss für zukunftsfähige Projekte und Aufgaben eingesetzt werden. Es gibt viele Fragen, die unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren sehr stark herausfordern: Der Klimawandel und die Digitalisierung werden unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren grundlegend verändern. Kein Stein wird auf dem anderen bleiben. Die GLP-Fraktion ist davon überzeugt, dass wir jetzt – und nicht erst morgen oder übermorgen – damit beginnen müssen, massiv in unsere Zukunft zu investieren.

Auch der Ausstieg aus den fossilen Energien wird eine grosse Herausforderung für unsere Gesellschaft und unsere Stadt, ist die Stadt doch im Besitz von 884 Liegenschaften, die für die Zukunft fit gemacht werden müssen. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist das auch klar ein fehlendes Element in

den sogenannten Strukturveränderungen der nächsten Finanzplanperiode 2018–2022. Die Fraktion erwartet da hohe Ausfälle beziehungsweise hohe Investitionen. Beispielsweise müssen zukünftig vermehrt Heizungen abgestellt werden, die gar noch nicht amortisiert sind, oder Gebäude müssen energetisch saniert werden. Aber auch die öffentliche Infrastruktur für die Elektromobilität muss weiterentwickelt werden. Das gleiche Szenario erwartet die GLP-Fraktion beim Gewinn der ewl. Diese Position ist in den nächsten Jahren als klares Risiko zu betrachten und in den Büchern der Stadt auch so auszuweisen. Der Gewinn wird heute hauptsächlich aus dem Gasgeschäft erwirtschaftet, das aber eingestellt oder zumindest deutlich reduzieren werden muss.

Sowohl der Bund wie auch der Kanton werden sich wohl noch länger mit Entlastungsmassnahmen beschäftigen. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt auf finanziell sicheren Beinen steht. Deshalb freut sich die GLP-Fraktion über das gute Jahresergebnis. Diese Ausgangslage erlaubt es dem Stadtrat und dem Grossen Stadtrat, mehr über den finanzpolitischen Tellerrand hinauszuschauen und sich mit der zukünftigen Entwicklung unserer Stadt zu beschäftigen. Und zwar, so hofft die GLP-Fraktion, mit Leadership und Mut seitens des Stadtrates und der Stadtverwaltung. Dass die Verwaltung bereit ist, sich für unsere Stadt einzusetzen, hat sie im vergangenen Jahr toll bewiesen. Besonders Freude hatte die GLP-Fraktion an den Investitionen in die Schulhäuser, das war ihr ein jahrelanges Anliegen. Über Jahre hiess es, das sei nicht möglich, und der grosse Nachholbedarf bei den Schulhaussanierungen wurde von vielen Parteien schlicht negiert. Notabene die gleichen Parteien, die Projekte verschoben haben, sagen jetzt, es sei doch einfach, schnell neue Projekte aus dem Hut zu zaubern. Der Sprechende kann sich noch sehr gut daran erinnern, wie die junge GLP-Fraktion einmal beim alten Finanzdirektor vorsprach und ihr so ziemlich die Leviten gelesen wurden, dass sie von diesen Finanzsachen ja keine Ahnung habe; man könne nicht einfach den Plafond erhöhen, man müsse eben zuerst einmal ein paar Jahre im Parlament sein, bis man das verstehe. Jetzt, ein paar Jahre später, sind plötzlich alle Parteien der Meinung, man müsse viel mehr investieren, das müsse man doch gleich morgen machen können. So schnell geht es eben nicht beim Bauen, dazu muss man eben Vorbereitungen treffen. Aber der Sprechende wäre auch sehr dafür, dass man da einmal Ursachenforschung betreibt. Vielleicht muss man in diesem Bereich auch mehr Personal einstellen.

Auch die Forderung nach mehr Digitalisierung und der Schaffung einer Tagesschule stellt die Stadt vor grosse Herausforderungen. Die GLP-Fraktion ist aber gern bereit, solche Projekte proaktiv anzugehen und zeitnah umzusetzen.

Aufgrund der hohen Einlagen in den diversen Spezialkässeli der Stadt ist die GLP-Fraktion weiterhin der Ansicht, dass sich die Stadt Luzern eine Steuerreduktion auf den 1. Januar 2019 durchaus leisten könnte. Aufgrund der sehr verworrenen Lage rund um die viel diskutierte AFR erachtet sie es aber zum heutigen Zeitpunkt als völlig unmöglich, eine konkrete Forderung zu stellen. Da tappt die Stadt zugegebenermassen schlicht und einfach völlig im Dunkeln. Die Fraktion hofft aber auf etwas mehr Licht im Tunnel nach den Sommerferien oder spätestens bei der Budgetdebatte im kommenden Herbst. Der Sprechende hat noch eine Frage an die Finanzdirektorin: Es wurde viel über den Steuerrabatt diskutiert, dass er nicht mehr möglich sei, aber irgendwie sei er trotzdem noch möglich. Er hat gelesen, dass einzelne Gemeinden 2019 trotzdem noch einen Steuerrabatt machen, obwohl das offiziell gar nicht mehr geht. Da hätte die GLP-Fraktion gern eine Auskunft, was der heute aktuelle Stand ist.

Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihn genehmigen.

Irina Studhalter dankt namens der G/JG-Fraktion für den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung. Für die Sprechende als eher neue Parlamentarierin ist das darin gezeichnete Bild der Arbeit der Stadt sehr spannend. An dieser Stelle geht natürlich auch ein grosser Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, deren Arbeit nicht einfach irgendwo in einer Tabelle des Finanzberichts vorkommt, sondern die dafür sorgen, dass die Stadt auch wirklich funktioniert. So gute Zahlen zu lesen ist natürlich schön, aber es gilt auch zu betonen, dass die Stadt in bestimmten Bereichen ihre Leistungen nicht erfüllen konnte, weil sie wegen der kantonalen Sparmassnahmen zum Sparen gezwungen wurde. An die Adresse der SVP-Fraktion bemerkt die Sprechende, dass diese Sparmassnahmen nicht von allen mitgetragen wurden. Die G/JG-Fraktion freut es nicht, wenn die Stadt weniger Geld für die Prämienverbilligungen ausgibt und dadurch viele Luzernerinnen und Luzerner in Geldsorgen geraten oder sogar auf Sozialhilfe angewiesen werden. Wenn solche Sparmassnahmen zu einem sogenannten «erfreulichen» Ergebnis führen, ist das eine bittere Pille.

Die Sprechende möchte jetzt nur noch auf einen Punkt eingehen, auf die Investitionen. Der Investitionsplafond ist heute nicht zum ersten Mal ein Thema. Ein Plafond soll ja per Definition eine Obergrenze sein. Die G/JG-Fraktion sieht ihn aber vielmehr als ein Investitionsziel. Der Investitionsplafond soll eine Orientierung sein, wie viel Geld investiert werden sollte. In den letzten Jahren hat die Stadt den Investitionsplafond regelmässig verfehlt und unterboten. Daher darf sie sich ruhig Gedanken machen, wie sie den Plafond tatsächlich ausschöpfen kann. Damit verbunden ist auch eine vorausschauende Personalplanung. Letztlich bringt es nichts, wenn ein Projektbetrag in die Investitionsplanung aufgenommen wird, aber dann gar nicht ausgelöst werden kann, weil niemand da ist, der genug zeitliche Ressourcen für die Umsetzung des Projekts hat. Die G/JG-Fraktion wünscht sich also, dass Investitionen nicht nur budgetiert und geplant, sondern auch getätigt werden, denn das ist ja schliesslich das Ziel.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm zustimmen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub bedankt sich für die Prüfung der Rechnung vonseiten des Parlaments und für die fundierte und umfassende Würdigung. Es wurden alle wichtigen Aspekte erwähnt, sodass sich die Sprechende kurz fassen wird. Grundsätzlich ist das Ergebnis 2017 erfreulich, man darf damit zufrieden sein, aber die Herausforderungen sind vielseitig. Sie wurden in den Eintretensvoten genannt: Die Steuererträge der natürlichen Personen blieben hinter den Erwartungen zurück; das Wachstum des Verwaltungsaufwands ist höher als der Zuwachs der nominalen Wirtschaftskraft; vonseiten des Kantons steht die Aufgaben- und Finanzreform bevor; der Investitionsplafond wurde wiederum nicht ausgeschöpft. Alle diese Punkte müssen die Stadt im Moment vorsichtig handeln lassen. Bei einer Steuersenkung würde die Stadt sofort negative Zahlen schreiben, eine Steuersenkung würde sie im Moment nicht verkraften, ohne dass sie gleich wieder ein Sparpaket schnüren müsste. Die Diskussion, ob ein Steuerrabatt überhaupt noch möglich ist oder nicht, entstand im Kanton erst, nachdem die GPK den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2017 behandelt hatte. Man müsste beim Kanton anfragen, ob ein Steuerrabatt noch zulässig ist oder nicht, wie er das in Zukunft handhaben will. Die Sprechende kann jedoch Auskunft geben, wie der Ablauf bei der Stadt aussähe: Würde ein Steuerrabatt beantragt, würde der Stadtrat darüber im September befinden, die GPK Anfang November und der Grosse Stadtrat am 29. November. Ein

Steuerrabatt untersteht dem obligatorischen Referendum, denn er ist eine temporäre Steuerfussanpassung. Die Volksabstimmung darüber könnte frühestens am 10. Februar 2019 stattfinden. Die Sprechende nimmt noch einige andere Punkte aus verschiedenen Eintretensvoten auf. Simon Roth sagte, es sei schön gewesen, dass der Ertragsüberschuss letztes Jahr für konkrete Projekte verwendet werden konnte, und er hoffe, dass das unter HRM2 immer noch möglich sein werde. Dem ist aber nicht so, wie Simon Roth sicher bereits weiss. Die Fonds, die kein Fondsreglement haben, wird es in Zukunft nicht mehr geben. Aus diesem Grund müssen alle Kässeli, welchen kein Fondsreglement zugrunde liegt, bis Ende 2018 für die Überführung in HRM2 aufgelöst werden. Deshalb macht es auch keinen Sinn, jetzt den Überschuss in ein solches Kässeli einzulegen, da man es sowieso Ende 2018 auflösen müsste. Aber all das Geld, das ins Eigenkapital fliesst, ist ja dort auch für die diversen Investitionen verfügbar, es steht also zur Verfügung, um unserer Bevölkerung etwas zurückgeben zu können, nicht nur in Form einer Steuerreduktion, sondern in Form von erhöhten Leistungen, z. B. durch die Sanierung von Schulhäusern.

Zum Rückgang bei den Steuererträgen der natürlichen Personen ist eine Interpellation pendent. Das Steueramt ist daran, die Gründe vertiefter anzuschauen. Die Zeit war zu kurz, um heute schon ein Ergebnis präsentieren zu können, aber die Erkenntnisse werden sicher vor der Diskussion des Budgets 2019 zur Verfügung stehen.

Zum Investitionsplafond: Es ist wirklich schwierig, mehr Investitionen auszulösen. Vonseiten der Verwaltung wird man der GPK an einer ihrer Sitzungen im Herbst vertieft zeigen, wie die Investitionsplanung funktioniert, wie die Projekte auf die Zeitschiene gelegt werden, und dass man diesem Problem auch genügend Gewicht gibt.

In Bezug auf die Aufgaben- und Finanzreform 2018 hat sich die Stadt mit ein paar anderen Gemeinden zusammen entschieden, noch vor dem Sommer eine separate Medienorientierung abzuhalten, um noch einmal auf die Unzulänglichkeit der Vernehmlassungsvorlage, wie sie im Moment aussieht, aufmerksam zu machen. Zu dieser Vorlage liess sich einerseits der VLG verlauten, das könne nur ein Zwischenergebnis sein, auf der anderen Seite sagte der Regierungsrat, er brauche die Vernehmlassung, um zu wissen, in welche Richtung er weiterarbeiten müsse. Im Grunde wissen alle, dass das, was im Moment vorliegt, nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Jetzt läuft die Vernehmlassung, und im Herbst wird der Regierungsrat bereits die definitive Botschaft verabschieden, ohne dass die Gemeinden noch einmal konsultiert werden. Die Stadt muss sich also zum jetzigen Zeitpunkt wehren, um schwerwiegende und nachhaltige Folgen für sich zu verhindern.

Ratspräsident András Özvegyi stellt fest, dass der Grosse Stadtrat somit auf den B+A 2/2018: «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017» eingetreten ist.

DETAIL

Keine Wortmeldung.

Ratspräsident András Özvegyi fragt die SVP-Fraktion, ob ihr Antrag auf eine Steuersenkung zur Diskussion an der heutigen Sitzung gedacht ist.

Marcel Lingg nimmt als Fraktionschef dazu Stellung. Für heute ist kein Antrag vorgesehen, es geht heute nicht darum, über eine Steuersenkung zu diskutieren, sondern die SVP-Fraktion wollte nur darauf hinweisen, dass diese Diskussion im kommenden Herbst stattfinden könnte, und bei den anderen Fraktionen anfragen, ob sie einen solchen Antrag unterstützen würden.

Ratspräsident András Özvegyi dankt für die Klärung, er hat die Ausführungen im Eintretensvotum von Thomas Gfeller so verstanden, dass die SVP-Fraktion jetzt einen Antrag stellt.

Seite 240 f. Antrag

- I. Der Grosse Stadtrat genehmigt den Geschäftsbericht des Stadtrates.**
- II. Der Grosse Stadtrat genehmigt die aufgeführten Rechnungsabschnitte.**
- III. Der Grosse Stadtrat genehmigt die Verwendung des Ertragsüberschusses.**
- IV. Der Grosse Stadtrat stimmt der Zweckumwandlung der Teilfläche ab Grundstück 1111 zu.**
- V. Der Grosse Stadtrat stimmt der Stellenumwandlung zu.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 2 vom 28. März 2018 betreffend:

Geschäftsbericht 2017,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von § 89 Abs. 2 des Gemeindegesetzes vom 4. Mai 2004, § 67 lit. b des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016, Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 61 Abs. 1, Art. 63 und Art. 69 lit. a Ziff. 3 und lit. b Ziff. 9 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2017 wird genehmigt.
- II. Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2017, werden genehmigt:
 1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 604'955'950.40
<u>Ertrag</u>	<u>Fr. 623'661'908.09</u>
Ertragsüberschuss	Fr. 18'705'957.69
 2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 704'237'989.50 abschliessen.
- III. Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet:
Fr. 18'705'957.69 Einlage ins Eigenkapital (Konto 2390.10).
- IV. Folgendes Grundstück wird rückwirkend (ohne Buchwert) per 1. Januar 2018 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übergeführt:
Teilfläche von 230 m² des Grundstücks 1111, GB Luzern, I. U., Strassengrundstück.
- V. Für die Umwandlung der bisher befristeten Stelle Projektleiter/Projektleiterin im Ressort Gebietsentwicklung und öffentlicher Raum bei der Dienstabteilung Stadtplanung, Stellen-ID-Nummer 2480, in eine unbefristete Stelle per 1. Januar 2018 wird ein Kredit von Fr. 1'200'000.– bewilligt.

- 4 Bericht und Antrag 9/2018 vom 25. April 2018:
Attraktive Luzerner Innenstadt**
- **Stellungnahme zur Initiative «Aufwertung der Innenstadt: Kein Diskussionsverbot – Parkhaus Musegg vors Volk!»**
 - **Vorschlag des Stadtrates**

Ratspräsident András Özvegyi begrüsst die zahlreichen Gäste, die zu diesem Traktandum gekommen sind.

EINTRETEN

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 24. Mai 2018 den Bericht und Antrag 9/2018: «Attraktive Luzerner

Innenstadt» ausführlich diskutiert. Der Stadtrat nimmt in diesem B+A zur Initiative «Aufwertung der Innenstadt: Kein Diskussionsverbot – Parkhaus Musegg vors Volk!» Stellung und lehnt diese schliesslich ab. Er interpretiert dabei das Initiativbegehren dahingehend, dass die Planung des bisherigen Projekts Parkhaus Musegg, also des Projekts mit 660 Autoparkplätzen, wieder aufzunehmen wäre. Einen formellen Gegenvorschlag zur Initiative bringt er im B+A nicht. Er macht indessen einen eigenen Lösungsvorschlag, der zahlreiche konkrete Attraktivierungsmassnahmen sowie die Lancierung eines breit angelegten partizipativen Prozesses zur Carparkierung vorsieht.

Während eine Attraktivierung der Innenstadt im Grundsatz auf gute Resonanz stiess, gehen die Meinungen zur Lösung der Carparkierungsfrage nach wie vor auseinander. Die beiden Themen Attraktivierung der Innenstadt und Carparkierung haben, zumindest im heutigen Diskussionsstadium, nur wenig miteinander zu tun.

Die unterschiedlichen Meinungen beginnen bereits bei der Wahl des richtigen Vorgehens, um eine nachhaltige Carparkierungslösung zu finden. In der Kommission Anlass zu grossen Diskussionen beim Eintreten gab der Punkt, dass der Stadtrat seinen Fokus nun auf die in der Interface-Studie favorisierte Allmend als Lösung für ein nachhaltiges Carregime setzen will. Der von ihm vorgesehene Partizipationsprozess ist also nicht ergebnisoffen, sondern geht von einer Allmend-Lösung aus. Eine Mehrheit der Kommission will aber zuerst eine Problemanalyse, eine Zieldefinition und daraus die Definition von Rahmenbedingungen für eine Carparkierungslösung. Das heisst, dass man einen Schritt vorher einsetzen muss, bevor man das eine oder andere Projekt in den Vordergrund stellt. Hinter den Standort Allmend wird zudem von verschiedenen Fraktionen mindestens ein grosses Fragezeichen gesetzt. Damit verbunden sind teilweise auch Bedenken, dass mit der praktischen Erprobung einer solchen Allmend-Lösung ein unsicheres Experiment gestartet wird, welches den Zugang der Touristen zum Schwanenplatz einschränken würde, ohne dass ein überzeugendes Konzept vorliegt.

Nach vier Stunden Diskussion beschloss eine knappe Mehrheit der Baukommission – also mit 5 : 4 Stimmen –, auf den Bericht und Antrag nicht einzutreten und diesen zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückzuweisen. Eine Detailberatung fand somit nicht statt. Die Kommissionsminderheit wollte sich auf den Bericht und Antrag einlassen.

Die Mehrheit der Baukommission, die sich für die Rückweisung aussprach, will vom Stadtrat einen breiten Partizipationsprozess mit Interessierten und betroffenen Kreisen zur Klärung folgender Fragen: Wer hat bei der Carparkierung welche Interessen? Was soll bleiben, wie es heute ist, und was soll sich ändern? Was sind die Vorgaben und Rahmenbedingungen, die ein Projekt zu erfüllen hat? Erst im Anschluss daran sollen die vorliegenden Carparkierungsprojekte, die ungefähr denselben Konkretisierungsgrad haben, auf die Erfüllung der Rahmenbedingungen überprüft werden. Bis dann sollen auch keine Experimente gestartet werden, die den direkten Zugang der Touristen zum Schwanenplatz einschränken, ohne dass überzeugende Konzepte vorliegen.

Mirjam Fries: Der Auslöser für den vorliegenden B+A war die Ratssitzung vom 15. Dezember 2016, an welcher die linke Ratshälfte mit Unterstützung der GLP-Fraktion die Diskussion über das Parkhaus Musegg abwürgte. Im Mai 2017 reichte dann das bürgerliche Initiativkomitee «Aufwertung der Innenstadt: Kein Diskussionsverbot – Parkhaus Musegg vors Volk!» 2743 Unterschriften bei der Stadtkanzlei ein. Unter diesem Titel verlangt die Initiative die Befreiung des Schwanenplat-

zes von Carparkplätzen, die Erreichbarkeit von Gewerbe und Handel und die Bereitschaft abzuklären, ob das Museggparkhaus einen Lösungsbeitrag zu diesen Zielen sein kann. Nicht mehr und nicht weniger. Mit der Motion 92 verlangte dann die linke Ratshälfte vom Stadtrat einen Gegenvorschlag zur Initiative. Die Sprechende muss wohl nicht mehr erwähnen, dass auch das mit Hilfe der GLP-Fraktion geschah; da war ja schon klar, wo der Graben im Stadtparlament durchgeht. Die Motion verlangte vom Stadtrat, im Gegenvorschlag die Idee der Initiative für Vorschläge zur Aufwertung der Innenstadt aufzunehmen, aber ohne Grossprojekte. Die Motion wurde bekanntlich am 21. September 2017 teilweise überwiesen. Der Stadtrat wollte sich die Option eines Grossprojektes offenhalten, das Parkhaus Musegg lehnte er aber weiterhin ab.

Als Resultat liegt jetzt der B+A 9 vor. Das Werk ist definitiv umfangreicher geworden, als sich die Initianten damals beim Unterschriftensammeln vorgestellt haben.

Wenn man den B+A liest, darf man durchaus positiv erwähnen, dass der Stadtrat die grosse wirtschaftliche Bedeutung der Tourismusbranche in der Stadt anerkennt. Er anerkennt auch, dass der Cartourismus wirtschaftlich sehr erfolgreich ist und der Car als solcher ein flächeneffizientes und ressourcenschonendes Transportmittel ist. Diese Haltung des Stadtrates ist sehr positiv. Was der CVP-Fraktion aber nicht gefällt, ist die Tatsache, dass sich der Stadtrat aufgrund der Interface-Studie bei der Carparkierung auf die Lösung Allmend eingeschossen hat. Man will quasi einen «Feldversuch» für 800'000 Franken durchführen, ohne dass vorher eine minimale Machbarkeit geprüft wurde. Die CVP-Fraktion ist definitiv der Meinung, dass alle Optionen, die Allmend und die beiden Innenstadtparkhäuser, gemeinsam diskutiert werden müssen. Für die Fraktion lautet die Lösung: Allmend plus Innenstadtparking, und nicht: Allmend und, wenn es denn absolut sein muss, wird noch ein Innenstadtparking geprüft.

Die Haltung der CVP-Fraktion ist klar: Es braucht einen direkten Zugang in die Innenstadt. Die favorisierte Lösung der Fraktion ist das Parkhaus Musegg, sie ist aber auch offen für die Prüfung des Seeparkings. Offen ist sie auch für die Prüfung der Allmend mit einer Anhaltestelle bei der S-Bahn-Station. Wo sich dann die eigentlichen Parkplätze auf der Allmend befinden, ist noch festzulegen. Denkbar sind auch eine zusätzliche Parkanlage im Hinterschlund oder ein unterirdisches Parkhaus. Aber eigentlich ist es viel zu früh für diese Vorschläge, es gibt noch zu viele offene Fragen, gerade auch im Zusammenhang mit der Zentralbahn, als dass die CVP-Fraktion einem Testlauf zustimmen könnte.

Das Projekt Metro ist für die CVP-Fraktion aus finanziellen und politischen Gründen nicht machbar. Die öffentliche Hand darf nicht für die Defizitdeckung eines solchen Projekts beigezogen werden. Ohne verlässliche Beziehungen mit den betroffenen Gemeinden lässt sich auch eine Zu- und Wegfahrt von Cars und Personenwagen im Ibach nicht realisieren. Weil aber diese Initiative quasi «just in time» zustande kam, soll auch sie in die weitere Diskussion miteinbezogen werden.

Was im B+A sehr ausführlich und mit schönen Bildern beschrieben wird, sind die Aufwertungsmassnahmen. Sie sind durchaus schön, aber man will zu viel auf einmal. Zuerst soll man jetzt die Auslegeordnung in Bezug auf die Carparkierung machen, und dann kommt die Aufwertung. Wenn der Stadtrat gewisse Aufwertungsprojekte, welche nichts mit der Parkierung zu tun haben, vorziehen will, kann er das mit einem separaten B+A tun.

Die CVP-Fraktion wird nicht auf den B+A eintreten. Der vorliegende B+A ist nicht der erwünschte Befreiungsschlag. Die Fraktion ist grundsätzlich noch immer vom Parkhaus Musegg überzeugt. Aber sie ist sich bewusst, dass das nur eine Teillösung für den Schwanenplatz und allenfalls für

den Löwenplatz ist. Mittlerweile hat diese Diskussion eine viel grössere Dimension angenommen. Es lohnt sich deshalb aus Sicht der Fraktion, noch einmal einen Schritt zurückzugehen, die gesamte Auslegeordnung zu machen und alle Projekte miteinander zu vergleichen. Dazu sollen die beteiligten Kreise Tourismus, Wirtschaft und Quartiere miteinbezogen werden. Die CVP-Fraktion würde auch die Einsetzung einer Spezialkommission begrüssen; das würde dem Thema das notwendige Gewicht geben und wäre ein Versuch zu einem Neustart mit allen Beteiligten.

Jules Gut: Luzern ist Tourismus – und Tourismus ist Luzern. Unsere Stadt hat im Gleichschritt mit dem Boom des Tourismus im letzten Jahrhundert eine ganz gewaltige Entwicklung gemacht: die Seepromenade, die Hotels, natürlich die Erschliessung der umliegenden Berge, die Dampfschiffe auf dem See. Doch Hand aufs Herz: Was ist seither geschehen? Wie haben wir unsere eigene Stadt weiterentwickelt? Was für Mehrwerte haben wir geschaffen, nicht nur für die Touristen, sondern auch für uns, die hier leben? Das grossartige KKL und die Carhalteplätze auf dem Schwanenplatz? Ist das alles? Der Stadtrat hat im vorliegenden B+A eine Auslegeordnung zu den Parkhausprojekten und seiner Allmend-Idee gemacht. Und er hat – einmal mehr – die Metro aussen vor gelassen. Die GLP-Fraktion versteht das nicht und hat darum in der Zwischenzeit zusammen mit verschiedenen Partnern 1'300 Unterschriften für die Metro-Initiative gesammelt. Die Initiative steht und kann nicht mehr negiert werden. Die Fraktion ist überzeugt, dass die Zeit reif ist, um als internationale, offene und dynamische Stadt Luzern einen mutigen Schritt in die Zukunft zu machen, einen Mehrwert für die Stadt, für die Bevölkerung und für die Touristen zu schaffen und das Projekt Metro zeitnah umzusetzen. Die GLP-Fraktion lehnt den vorliegenden B+A 9 ab, sie weist ihn zurück und fordert den Einbezug des Projekts Metro auf gleicher Augenhöhe.

Das Vorprojekt Museggparking befasst sich mit der Gesamtverkehrssituation, der Innenstadtaufwertung, dem carfreien Schwanenplatz, der gesetzlich vorgegebenen Umweltverträglichkeitsprüfung, den raum- und verkehrspolitischen Rahmenbedingungen und der Finanzierung. Leider wurde bei diesem Jahrhundertprojekt etwas vergessen, nämlich die Bevölkerung, die Leute, die hier wohnen und leben, tagein, tagaus. Luzern ist Tourismus – und Tourismus ist Luzern. Doch wohin geht die Reise? Gibt es bald doppelt so viele Cars? Wollen wir diese überhaupt? Wollen wir wachsen? Wenn Ja, wie? Was will die Bevölkerung der Stadt, was wollen wir, und nicht all die netten Leserbriefschreibenden aus Ebikon, Meggen und Sursee, die wissen, wie es geht. Die GLP-Fraktion hat schon mehrmals gefordert, dass in einem derart zentralen Dokument für die bauliche städtische Infrastruktur für die nächsten 50 Jahre auch zwingend Aussagen zum Tourismus stehen müssen. Ein ganz einfaches Bild: Wir bauen schliesslich auch nicht zuerst ein Schulhaus und überlegen uns dann in den nächsten paar Jahren, womit wir es füllen wollen. Die GLP-Fraktion lehnt den B+A 9 ab, sie weist ihn zurück und fordert eine Ergänzung mit Aussagen zur Entwicklung des Tourismus. «Lernen von der Industriestrasse.» Das Engagement von Investoren bei der Ideengebung, Realisierung und Betreuung von öffentlichen Infrastrukturen entspricht dem liberalen Sinn der GLP-Fraktion sehr. Aber die Fraktion ist ganz entschieden gegen die Privatisierung von Planungsaufgaben, die derart öffentlich relevant sind. Diese Bauprojekte betreffen den öffentlichen Raum sehr stark, welcher der Bevölkerung gehört, aber die Bevölkerung hatte bisher keinen Platz in der Aufgabenstellung. Das geht nicht. Stadtplanung ist eine zentrale Aufgabe von uns, den Bewohnerinnen und Bewohnern. Die Grundstücke im Vermögen der Stadt gehören uns und nicht den Investoren. Wir wollen mitreden, partizipieren und mitentscheiden. Das gilt übrigens auch für die Spange

Nord. Die GLP-Fraktion unterstützt die Rückweisung des vorliegenden Berichtes und Antrages, damit der Stadtrat in die Verantwortung genommen wird und zwingend aktiver und transparenter agieren muss.

Kommt die Metro oder ein neues gigantisches Parkhaus tatsächlich, bedeutet das auch einen ganz massiven Stadtumbau. Das generiert Kosten für die Allgemeinheit. Mit öffentlichen Steuergeldern müssen flankierende Massnahmen und Strassenaus- und -umbauten bezahlt werden. Einen so massiven Stadtumbau kann man nicht nur mit Investoren zusammen verhandeln, man muss ihn zusammen mit der Bevölkerung realisieren. Es braucht ein mit und nicht ein gegen die Bevölkerung.

«Lernen von der Industriestrasse» bedeutet aber auch, dass es, wenn die Metro mehr als eine Eintagsfliege werden soll, dringend und zwingend eine offene und transparente Information und Diskussion braucht, nicht nur über ein Parkhaus, über die Allmend oder die Metro, sondern auch darüber, wie der angedachte Stadtumbau ganz konkret rechtlich festgesetzt, tatsächlich umgesetzt und realistisch ausfinanziert werden soll – und bitte nicht so wie jetzt in Zug und Thun – wehret den Anfängen, liebe Stadtbevölkerung! Dort wurden zwei Parkhäuser bewilligt und gebaut, beziehungsweise sie sind im Bau, und die hoch und heilig versprochene Aufhebung der Parkplätze wird jetzt vor Gericht und an der Urne nachträglich aktiv verhindert. So nicht! Für die GLP-Fraktion ist aber nach wie vor klar, es braucht – unter Einbezug der Bevölkerung – zwingend ein sozialräumliches und stadtplanerisches Gesamtprojekt.

Der Sprechende fasst die Gründe der GLP-Fraktion für die Rückweisung und die Überarbeitung noch einmal zusammen:

1. Einbezug der Metro
2. Zwingender Einbezug der Festlegungen aus der Tourismusstrategie
3. Partizipation und Klärung der Ansprüche aller Stakeholder (Bevölkerung, Anwohner, Tourismus, Stadt usw.)
4. Keine neuen dauerhaften Grossparkierungsanlagen. Für kurz- und mittelfristige Übergangslösungen ist die GLP-Fraktion offen.
5. Ein eigener B+A «Stadtraum Luzern» mit den verschiedenen Aufwertungsprojekten
6. Die Einsetzung einer Spezialkommission mit allen Fraktionen des Grossen Stadtrates.

Die GLP-Fraktion weist den B+A 9 zurück.

Cyrill Studer Korevaar: Carparkierung Luzern – zum gefühlten hundertsten Mal. Die bisherige Debatte war zäh, gehässig, manchmal ging es einen Schritt vorwärts, aber in der Regel doch eher zwei zurück. Die SP/JUSO-Fraktion hofft und denkt, dass der Grosse Stadtrat heute mit dem Steilpass des Stadtrates einen bedeutenden Schritt weiterkommen kann.

Carparkierung Luzern – diese Herausforderung ist bereits heute real: Man sieht die Cars täglich auf dem Schwanenplatz, beim Löwenplatz, sie blockieren das Inseli, das eine Mehrheit der Stadtbevölkerung für sich selber nutzen will. Die Herausforderungen müssen jetzt angegangen werden, Lösungen sollen jetzt auf den Tisch. Ansätze dazu sind vorhanden, sodass der Grosse Stadtrat die Möglichkeit hat, die Zukunft zu beeinflussen und parallel dazu die notwendige Diskussion um den Tourismus in der Stadt zu führen, wo sich die Stadt diesbezüglich in 10, 20 oder 30 Jahren befinden soll.

Der Stadtrat hat gearbeitet und den B+A 9/2018: «Attraktive Luzerner Innenstadt» vorgelegt. Die SP/JUSO-Fraktion ist mit dem Ergebnis und vor allem auch mit dem vorgeschlagenen Weg zufrieden. Im B+A akzeptiert der Stadtrat die realen Herausforderungen, er will sie auf eine pragmatische Art und Weise angehen, er will miteinbeziehen, er will ausprobieren, er will Erfahrungen sammeln, er will nachjustieren, er will Optionen offenhalten, und zwar bevor die grossen Betonmischer auffahren und Fakten für die nächsten Jahrzehnte schaffen. Fast das Wichtigste im B+A sind die vielen und sehr guten Ansätze, die sich mit der Innenstadt beschäftigen und sie weiterhin attraktivieren wollen. Der Sprechende denkt, dass zumindest in dem Punkt im gesamten Rat ein Konsens besteht, dass der Grosse Stadtrat an diesen Themen weiterarbeiten will.

Cars sind grundsätzlich effizient, sie sind ökologisch und vor allem flexibel im Einsatz. Gleichzeitig ist es wie beim Atommüll: Niemand will die Cars schlussendlich bei sich vor der Haustüre, und insbesondere will die Luzerner Stadtbevölkerung sie nicht in der Innenstadt haben, das hat sie mit der Annahme der Inseli-Initiative gezeigt. Aber die Cars müssen trotzdem irgendwohin, und so gibt es bei jeder Lösung zwingend Akteure mit Nachteilen. Die Frage ist und wird sein, wer ist das, wie viele sind das, mit welchen Gegenmassnahmen kann man trotzdem die Lebensqualität rund um die Hotspots erhalten. Vor diesem Hintergrund beurteilt die SP/JUSO-Fraktion den Ansatz mit der Allmend als pragmatisch und sinnvoll. Die Allmend ist in Autobahnnähe, es hat verhältnismässig wenige Anwohner und Arbeitsplätze. Es gibt einen direkten Zugang in die Innenstadt, in einem Takt, der noch ausgebaut werden kann, mit einer reinen Fahrzeit von zwei Minuten. Zudem wird die Allmend bereits jetzt bei Grossanlässen für Parkplatznutzungen gebraucht. Weitere Aspekte sind, dass es um ein Ausprobieren geht, dass es eine ausbaubare Lösung ist, dass nicht gleich zum jetzigen Zeitpunkt weitgehende Eingriffe vorgenommen werden müssen, sondern man kann allenfalls dann einen Ausbau machen, wenn man Erfahrungen hat, wenn man mehr weiss, wenn die Grundlagen vorhanden sind. Die Frage ist aber bereits heute berechtigt: Was macht man, wenn der Platz auf der Allmend nicht genügt? Der Stadtrat spricht vom Hinterschlund, und er spricht auch von einem möglichen Innenstadtparking. Die SP/JUSO-Fraktion ist bereit zu einer Vergleichsstudie Musegg, Schweizerhofquai, und wenn schon, auch gleich Metro. Die Abklärungen zu einem Innenstadtparking sind die Kröte, welche die SP/JUSO-Fraktion zu schlucken bereit ist. Es ist eine Kröte, jede Fraktion hier drin müsste die eine oder andere Kröte schlucken. Das ist die Kröte der SP/JUSO-Fraktion. Stand heute geht die Fraktion jedoch davon aus, dass es mit dem Allmendversuch, mit der Allmendentwicklung genügen wird. Aber die Fraktion ist bereit, zu einer mehrheitsfähigen Gesamtlösung Hand zu bieten, und hofft auf die Diskussionsbereitschaft auch der anderen Fraktionen. Ob die Allmend ein Erfolg werden wird oder nicht, hängt von verschiedenen Faktoren ab, insbesondere auch davon, ob die Direktbetroffenen – da denkt der Sprechende an die Schmuck- und Uhrenläden – wirklich bereit sind, Hand zu bieten und bei einer solchen Lösung mitzuarbeiten. Eine grosse Rolle spielt vor allem, wie attraktiv der Transfer in die Innenstadt ist. Wird er als Übel wahrgenommen oder kann man ihn als Chance nutzen, ein Erlebnisfeeling zu realisieren? Damit verbunden ist natürlich auch die Frage, wie teuer ein solcher Transfer ist. Momentan kostet für eine Gruppenreise ein Weg 2 Franken pro Person, wenn der Sprechende richtig informiert ist. Das ist selbstverständlich zu teuer, das ist zu unattraktiv gegenüber den Billigparkplätzen, die man momentan für die Cars in der Innenstadt anbietet. Das alles sind Fragen, auf die man heute noch keine Antworten hat, aber auf die man im politischen Prozess Antworten finden kann. Die SP/JUSO-Fraktion war am 24. Mai bereit, genau solche Herausforderungen zu besprechen.

Sie hatte 14 Protollbemerkungen vorbereitet, die auch jetzt noch aktuell sind. Die Fraktion würde diese gern heute hier im Rat oder dann wieder in der Kommission diskutieren, der Sprechende stellt sie Interessierten gern zur Verfügung, sie gelten heute und werden wahrscheinlich auch morgen noch gelten. Entsprechend war die Fraktion enttäuscht, dass eine knappe Mehrheit der Kommission den B+A zurückwies und dass es allenfalls auch heute zu einem Schiffbruch kommt. Die SP/JUSO-Fraktion will diese Debatte führen, sie will auf die anderen Fraktionen zugehen. Wir müssen der Bevölkerung Lösungen präsentieren. Wir können nicht so tun, als ob es kein Problem wäre, weitere Auslegeordnungen zu machen und wieder mehrere Jahre zu verlieren, und am Schluss ist man vielleicht am gleichen Punkt wie jetzt. Wir können jetzt anfangen, wir müssen raus aus den Schützengräben.

Der B+A 9/2018 ist gut. Er ist eine gute Ausgangslage für die anstehenden Diskussionen. Der Stadtrat bereitet uns einen Weg. Aufgrund der Vorgeschichte ist es zwar ein schmaler Grat, man kann links wie rechts davon abstürzen, aber man darf auch nicht vergessen, dass der B+A von der Stadtregierung vorgelegt wird, und diese besteht nicht aus Schlaumeiern, sondern aus Vertreterinnen und Vertretern von fünf der sechs Fraktionen in diesem Saal. Entsprechend empfindet die SP/JUSO-Fraktion den B+A als ausgewogen. Die Fraktion dankt dem Stadtrat für seinen Effort, sie tritt auf den B+A ein und fordert sämtliche Fraktionen zum gleichen Schritt auf.

Fabian Reinhard: Die FDP-Fraktion schaut nach vorne und nicht zurück. Die leidige Vorgeschichte zur Initiative «Aufwertung der Innenstadt» ist hinlänglich bekannt. Der Sprechende muss und will sie jetzt nicht noch einmal aufrollen. Heute ist der Tag, an welchem dieses Parlament einen Schritt in die Zukunft machen soll, einen Schritt aus der Sackgasse. Ein Schritt aus der Sackgasse ist ja nur in eine Richtung möglich: Weil es eine Sackgasse ist, ist es eben nicht ein Schritt nach vorn, sondern ein Schritt zurück. Ein Schritt zurück bedeutet, einen Schritt weg von den einzelnen Projekten zu machen. Man muss weiter vorn anfangen, es braucht einen systematischen Ansatz, eine systematische Analyse. Ein solcher Ansatz ist beim stadträtlichen Vorschlag im B+A ansatzweise erkennbar. Schon in den vorangegangenen Voten wurde gesagt, was eine solche Analyse beinhalten soll, der Sprechende wiederholt es darum nicht noch einmal im Detail. Es wurde auch beim Rückweisungsantrag in der Kommission formuliert. Der B+A des Stadtrates enthält gute Ansätze. Der Stadtrat scheint ernsthaft bemüht, zugeschlagene Türen wieder zu öffnen. Es freut den Sprechenden, auch vonseiten der SP/JUSO-Fraktion zu hören, dass sie bereit ist, zugeschlagene Türen wieder zu öffnen. Das wertet er als sehr positiv. Alles, was der Stadtrat im B+A über das Verfahren und den Prozess schreibt, wertet die FDP-Fraktion als sehr positiv. Deutlich weniger positiv sieht sie den Vorschlag des Stadtrates in Bezug auf das Inhaltliche. Der Stadtrat versucht nämlich, einen neuen Vorschlag quasi aus dem Hut zu zaubern. Dieser neue Vorschlag ist die Allmend. Dazu fehlt der FDP-Fraktion einfach die Abklärung bezüglich der Machbarkeit. Es ist aus diesem B+A überhaupt nicht ersichtlich, wie die Lösung Allmend sinnvoll sein soll. So käme es nur zu unüberlegten und undurchdachten Experimenten. Der Stadtrat muss offenbar daran erinnert werden, dass die Allmend in erster Linie ein öffentlicher Freiraum ist, ein Freiraum, den man von Generation zu Generation möglichst unversehrt weitergibt. «Allmend» bedeutet ja dem Wortsinn nach einen Freiraum, der allen gehört. Wenn man auf dieser Allmend etwas realisieren möchte, muss man es sehr sorgfältig planen. Die FDP-Fraktion verschliesst sich einer Lösung auf der Allmend nicht grundsätzlich, aber man müsste sie sehr sorgfältig angehen. Von einer sehr sorgfältigen Planung

ist der Stadtrat mit diesem B+A noch meilenweit entfernt. So kann die FDP-Fraktion zu einem Vorschlag «Parkierungslösung Allmend» nicht Ja sagen. Der Sprechende sagte zu Beginn, dass er nicht zurückschauen möchte, aber etwas muss er doch noch einmal aufgreifen, damit man die Position versteht und nachvollziehen kann, in welcher sich das Initiativkomitee momentan befindet. Im Dezember 2016 wollte eine äusserst knappe Mehrheit hier im Parlament die Diskussion zum Parkhaus Musegg abwürgen. Ideen sind, wie man weiss, nicht ganz so einfach zu versenken; die Diskussion jedoch hat man ein Stück weit abgewürgt. Dadurch wurde politisches Vertrauen zerstört. Der Sprechende weiss, dass das nicht die Intention der Kreise war, die das Ende der Diskussion politisch in die Wege geleitet haben und so abstimmten, aber es ist trotzdem passiert: Es wurde einiges an politischem Vertrauen zerstört. Wie alle wissen, ist Vertrauen sehr schnell zerstört, aber Vertrauen wieder aufzubauen braucht viel Zeit. Vor diesem Hintergrund muss man die Haltung der Initianten begreifen. Sie sehen zwar die ehrlichen Bemühungen des Stadtrates, es fehlt ihnen aber ein Stück weit das Vertrauen. Genau da bräuchte es jetzt vom Stadtrat und auch von diesem Parlament vertrauensbildende Massnahmen, damit die Initianten sehen, dass man es wirklich ernst meint mit dem partizipativen Weg, den man nun einschlagen möchte. Das liegt jetzt am Stadtrat. Der Stadtrat hat schon etwas gemacht, er hat sich in die richtige Richtung bewegt. Der Sprechende hat aus den Voten, die bereits gehalten wurden, herausgehört und auch in den Vorgesprächen, die vor der heutigen Parlamentssitzung stattfanden, herausgespürt, dass die Parteien hier im Rat sich auf diesen Weg begeben und dieses Vertrauen wiederherstellen möchten. Wenn das Vertrauen wiederhergestellt ist, wäre auch der richtige Moment – aber das ist die persönliche Meinung des Sprechenden, eine persönliche Aussage von ihm als Mitglied des Initiativkomitees –, dass die Initianten die Initiative zurückziehen könnten.

Es stimmt die FDP-Fraktion sehr positiv, dass sich der Stadtrat auf einen partizipativen Prozess einlassen will, dass er einen solchen Prozess vorschlägt. Das Problem ist nur, dass man noch nichts sieht, was auf einen partizipativen Prozess hindeutet. Der Stadtrat schlägt zwar einen solchen Prozess vor, aber er zaubert dann trotzdem die Allmend-Lösung aus dem Hut. Gerade bei der Allmend-Lösung konnte man noch nichts vom Mitwirkungsverfahren sehen, das der Stadtrat vorschlägt. Es fehlt also der Tatbeweis, und ein solcher Tatbeweis, dass der Stadtrat wirklich einen partizipativen Prozess macht und nicht nur davon spricht, wäre ja auch eine der vertrauensbildenden Massnahmen, welche der Sprechende erwähnte.

Man muss also weiter vorn beginnen, und wenn man einen Schritt zurück macht, um weiter vorn beginnen zu können, um mit der Analyse weiter vorn anfangen zu können, ändert man den Modus des Ganzen. Der Modus soll so aussehen, dass die einzelnen Projekte nicht mehr seriell politisch abgehandelt werden, sondern dass man sie parallel vergleichbar macht. Dadurch entsteht eine Auslegeordnung. Man nimmt sich nicht immer wieder ein Projekt nach dem anderen vor. Denn jedes Projekt hat natürlich Vor- und Nachteile. Die FDP-Fraktion möchte wegkommen von der Diskussion am einzelnen Projekt. Der Sprechende hofft, dass auch die Initianten der Metro-Initiative jetzt nicht wieder in diesen Modus hineingeraten, sodass man eine zu enge Projektdiskussion führen muss. Es geht mehr darum, die grundlegende Auslegeordnung zu machen. Das ist das, was die FDP-Fraktion schon länger fordert.

Der Sprechende hat sich bewusst fast nur über das Verfahren geäussert und nicht über das Inhaltliche, weil gerade das Verfahren so wichtig ist. Aber er möchte auch inhaltlich noch zwei Zahlen hervorheben, nämlich die wirklich sehr hohe wirtschaftliche Bedeutung des Gruppentourismus für

die Stadt Luzern. Dazu gibt es eine Studie; der Sprechende geht davon aus, dass alle Mitglieder des Grossen Stadtrates sie gelesen haben. Er will diese Zahlen noch einmal kurz in Erinnerung rufen: Der Gruppentourismus bringt der Region eine Wertschöpfung von über 400 Mio. Franken, er bringt direkt am Schwanenplatz eine Wertschöpfung von über 200 Mio. Franken. Gesamthaft sind in der Stadt Luzern über 1'000 Arbeitsplätze direkt vom Gruppentourismus abhängig. Diese zwei Zahlen zeigen deutlich, wie wichtig ein direkter Zugang zur Innenstadt und zum Schwanenplatz für den Tourismus ist. Die Initiative «Aufwertung der Innenstadt» hat eine Diskussion wieder möglich gemacht, sie hat auch zu einem gewissen Zeitdruck geführt. Das mag einerseits positiv gewesen sein, andererseits ist es das vielleicht auch nicht, denn sicher will niemand in diesem Rat unter unnötigem Zeitdruck übereilte und unüberlegte Experimente machen. Und dass es dann auch noch zu «politischen Betriebsunfällen» kommt – der Sprechende bezeichnet es jetzt einmal so –, kann auch nicht im Interesse von irgendjemandem hier drin sein. Es braucht jetzt ein breit abgestütztes Verfahren. Diese Forderung nimmt der Sprechende auch vonseiten der anderen Fraktionen hier im Rat wahr. Der Zeitdruck ist nicht allzu hoch, aber es darf auch nicht dazu kommen, dass das Parlament und der Stadtrat die Thematik einfach vor sich herschieben. Nicht nur der Stadtrat, sondern genauso das Parlament ist in der Verantwortung, diese Thematik jetzt anzugehen. Die FDP-Fraktion trifft auf den B+A nicht ein, sondern weist ihn zur Überarbeitung zurück.

Urs Zimmermann: Die SVP-Fraktion ist mit dem vorliegenden B+A nicht zufrieden. Die Initiative «Aufwertung der Innenstadt» hatte grundsätzlich zwei Hauptziele: Erstens wollte man den durch das Parlament beschlossenen Planungsstopp beim Projekt Parkhaus Musegg wieder aufheben, zweitens wollte man den Schwanenplatz von der Carparkierung befreien und dadurch die Innenstadt nachhaltig aufwerten. Es ging nie darum, einen Vorentscheid für das Parkhaus Musegg zu fällen, sondern dieses soll lediglich als eine Variante im Musegghügel weiterhin geprüft werden können. Das Denkverbot, das dem Stadtrat vom Parlament auferlegt wurde, soll aufgehoben werden. Beim Lesen des Berichts und Antrags entsteht jedoch der Eindruck, dass dieses Ziel nicht erkannt wurde. Für die SVP-Fraktion ist auch die Ablehnung der Initiative nicht nachvollziehbar. Bei der städtebaulichen Aufwertung an diversen Orten wird aus dem Vollen geschöpft. Es wurden sehr viele Möglichkeiten aufgezeigt, was die Motion 92 auch verlangt hat. Jedoch fehlt der in der Motion 92 geforderte Gegenvorschlag zur Initiative komplett. Eine adäquate Lösung für die Carparkierung und den MIV, der auch berücksichtigt werden muss, wird nicht aufgezeigt. Eine reine Carparkierung ist aus Sicht der SVP-Fraktion nicht sinnvoll und auch eher schwer finanzierbar. Es braucht zwingend eine Mischnutzung mit der Personenwagenparkierung, nicht nur für die Querfinanzierung der Carparkierung, sondern auch als Ersatz für die wegfallenden Oberflächenparkplätze, welche bei einer Aufwertung sicherlich mittels Salamtaktik nach und nach verschwinden werden. Im Zusammenhang mit einem neuen Parkhaus wäre es möglich, einige Oberflächenparkplätze abzubauen, ganz im Sinne einer Aufwertung. Durch die Erstellung einer Parkierungsanlage könnte nicht nur die Carparkierung gelöst werden, sondern es könnten auch Parkplätze für den motorisierten Individualverkehr geschaffen werden. Falls dereinst der Durchgangsbahnhof realisiert wird, fallen beim Bahnhof Luzern sehr viele Parkplätze weg. Auch diese gilt es zu kompensieren. Vor diesen Tatsachen verschliesst der Stadtrat die Augen und pocht auf eine reine Carparkierung. Im vergangenen Jahr besuchten 1,4 Millionen Gruppenreisende vorwiegend aus Asien, Indien und

den USA den Schwanenplatz und die Luzerner Altstadt, was der Zentralschweiz eine Wertschöpfung von 403 Mio. Franken einbrachte, davon 214 Mio. Franken im Perimeter Schwanenplatz. Wollen wir das so einfach aufs Spiel setzen? Somit ist es für die SVP-Fraktion absolut unverständlich, dass jetzt eine Allmend-Lösung priorisiert wird. Auch stehen die Machbarkeit dieser Lösung sowie die Finanzierung noch in den Sternen. Der vorliegende B+A ist nicht ergebnisoffen, sondern priorisiert klar die Allmend, welche dann auch noch praktisch erprobt werden soll. Einen Ein- und Aussteigehub und eine Parkierungsanlage in einem Naherholungsgebiet kann die SVP-Fraktion absolut nicht unterstützen. Am Inseli baut man die Carparkierung ab und will die Fläche begrünen, in der Allmend will man im Gegenzug betonieren – völlig absurd. Bedenken sollte man auch die Verschandelung der Landschaft, den voraussehbaren Mehrverkehr und die bauliche Tätigkeit. Beim Bau des Stadions auf der Allmend wurde betreffend Verkehr ein Kompromiss erzielt. Eine Parkierungsanlage, die zusätzlichen Verkehr generiert, entspricht nicht der erzielten Kompromisslösung. Zudem ist es für Touristen absolut keine praktikable Lösung, wenn man ihnen auf der Allmend eine Carparkierung oder Ein- und Aussteigekanten anbietet. Man bedenke doch einfach die Anreise an den Schwanenplatz, und dann vor allem, dass alle Gruppen wieder zurück zur Allmend müssen. Mit Gruppen von 30–50 Personen ist das nicht durchführbar!

Fazit: Die SVP-Fraktion beantragt Rückweisung des Berichts und Antrags und schlägt folgende Lösungsansätze vor:

- Einen breit abgestützten Prozess mit Interessierten und betroffenen Kreisen
- Einbezug der Bevölkerung, Hotellerie, des Tourismus und der Wirtschaft
- Gegenüberstellung aller Projekte mit dem gleichen Detaillierungsgrad
- Die Lösung muss mit den Ergebnissen aus dem partizipativen Prozess abgestimmt sein.
- Prüfen, ob es noch andere, weitere Lösungen und Vorschläge gibt
- Die Attraktivierung soll unabhängig von der Carparkierung in einem separaten B+A vorgelegt werden.

Korintha Bärtsch: Wenn man den vorliegenden B+A 9/2018 liest, kommt es einem ein bisschen vor, wie wenn man sich einen Fussballmatch anschaut, jetzt gerade aktuell einen WM-Match: Es geht ab und zu emotional hinauf und hinunter, es gibt clever aufgezoogene und ausgeführte Spielzüge, es gibt schöne Goals, ab und zu einen verschossenen Penalty, und leider auch den einen oder anderen verpassten Steilpass. Im vorliegenden B+A gefallen der G/JG-Fraktion die Ausführungen zur Aufwertung der Innenstadt sehr gut. Man erkennt im B+A eine Aufbruchsstimmung, die Verwaltung traut sich nach so vielen Sparrunden wieder einmal, nach vorn zu schauen. Sie traut sich aufzuzeigen, was erstrebenswert ist, welche Strategien ganzheitlich richtig sind, sodass man davon wegkommen würde, in einem Flickwerk einmal da, einmal dort etwas zu machen. Die vorgeschlagenen Elemente zur Gestaltung des öffentlichen Raums gefallen der G/JG-Fraktion sehr gut, insbesondere die Umgestaltung des St.-Karli-Quais. Das ist ein längst fälliges Projekt mit grossem Aufwertungspotenzial, das im B+A auch schön visualisiert ist. Im Gegensatz dazu versteht die Fraktion das Vorgehen des Stadtrates bezüglich der Carparkierungsfrage nicht. Der Stadtrat liess in einem Top-down-Prozess eine Studie erarbeiten, die irgendwelche Rahmenbedingungen vorgibt. Er geht einfach davon aus, dass die Cars am Schwanenplatz wegmüssen, und legt seinen Empfehlungen noch immer eine Spitzennachfrage aus einem Jahr zugrunde. Zum gefühlten hundertsten Mal will die Sprechende im Namen der G/JG-Fraktion dieses Vorgehen anzweifeln und

betonen, dass das für die Fraktion nicht zielführend ist. Sie möchte zuerst eine saubere Problemanalyse, bevor sie sich auf irgendeinen Test einlässt und in irgendein Projekt investiert. Für sie ist das Fundament der Weiterbearbeitung definitiv zu schwach. Wir wissen nicht, was wirklich das Problem ist. Sind es die Cars als grosse, beängstigende Fahrzeuge an sich, wenn sie fahren, sind es die Parkierungsvorgänge oder die parkierten Cars? Was ist wirklich die Wahrnehmung der Bevölkerung? Auch diese Frage muss einmal beantwortet werden. Und ganz diffus: Sind es überhaupt die Cars, die problematisch sind, oder sind die Cars nur eine Projektionsfläche? Wir müssen wissen, was uns Schwierigkeiten bereitet und was uns negativ beeinträchtigt. Und wir müssen wissen, wie sich der Tourismus in Luzern entwickeln soll. Erst wenn wir das Problem kennen, können wir adäquate Lösungen dazu entwerfen und ein standhaftes Fundament bauen, das für die nächsten Jahrzehnte hält. Darum gefällt der G/JG-Fraktion der im B+A vorgeschlagene Partizipationsprozess grundsätzlich sehr gut. Im B+A wird aber nicht ganz ersichtlich, was der Stadtrat mit diesem Partizipationsprozess beabsichtigt. Wenn man wirklich ergebnisoffen sein will, kann man nicht eine Vorauswahl treffen, austesten und dann erfragen, ob es passt. Wenn man wirklich ergebnisoffen sein will – und das findet die G/JG-Fraktion erstrebenswert –, muss man einen Schritt zurückgehen und ohne konkrete Vorschläge einen Prozess lancieren. Wie der Partizipationsprozess vom Stadtrat vorgeschlagen wird, zeugt von einem doch eher speziellen Verständnis von Partizipation. Die G/JG-Fraktion findet es zudem in der politischen Zusammenarbeit schwierig, wenn der Stadtrat relativ abgehoben vom Parlament eine eigene Vorgehensweise zusammenbastelt. Er übergibt einfach zwei überwiesene Vorstösse des Parlaments. Den klaren Auftrag zu einem Gegenvorschlag zur Initiative Parkhaus Musegg hat der Stadtrat einfach nicht aufgenommen, und er hat sich auch nicht zum überwiesenen Postulat für eine Metro im ÖV-Netz geäussert. Weiter wollten verschiedene Fraktionen konstruktiv mitarbeiten und mitgestalten. Die FDP-Fraktion und die SVP-Fraktion haben sich mit der Motion 150 eingegeben, die G/JG-Fraktion verlangte mit ihren Motionen eine Tourismusstrategie und ein Carparkierungskonzept 2.0. Dem Stadtrat gelang es leider nicht, diese Vorschläge aufzunehmen und mit seinen Überlegungen zusammen zu verarbeiten. So viel zur Würdigung des Prozesshaften.

Die Sprechende möchte nun noch den Standpunkt der G/JG-Fraktion zu den Vorschlägen, die im B+A enthalten sind, darlegen. Die Mehrheit der G/JG-Fraktion ist nach intensiver Auseinandersetzung kritisch gegenüber einer Allmend als Carparkierungsstandort. Sie sieht den Erholungsraum auf der Allmend durch die Carparkierung bedroht. Die stadträtliche Argumentation ist für die G/JG-Fraktion in diesem Punkt nicht schlüssig. Der Stadtrat will zwar die öffentlichen Räume in der Innenstadt aufwerten, aber die Allmend, die ein Erholungsraum ist, will er mit einer neuen, emissionsbehafteten Nutzung bespielen. Die Allmend wird in Zukunft durch den stark verdichteten Raum Luzern als Freiraum und Parkanlage noch viel wichtiger als jetzt. Darum hat die G/JG-Fraktion bezüglich einer Carparkierung auf der Allmend grosse Vorbehalte. Was für die Fraktion gar nicht geht, ist ein Fernbusterminal auf der Allmend. Es kann nicht sein, dass die Stadt da vorprescht und sich äussert, sie wolle dieses Fernbusterminal auf der Allmend. Das ist eine kantonale Aufgabe, und es gibt in der Agglomeration für diesen Zweck besser geeignete Standorte.

Was für die G/JG-Fraktion gar nicht in Frage kommt und keine Option ist, sind die Innenstadtparkhäuser. Weder ein Parkhaus Musegg mit oder ohne Parkplätze für PWs, noch ein Parkhaus Schweizerhofquai kommt für sie in Frage. Die Sprechende hört die Kritik jetzt schon: «Die Grünen wollen ja gar nichts.» Sie nimmt gern dazu Stellung. Die G/JG-Fraktion ist überzeugt, dass es

keine alleinige durchschlagende Lösung in der Carparkierungsfrage gibt. Es gibt keine eierlegende Wollmilchsau in dieser Frage. Es kann nicht sein – da sind sich wohl alle in diesem Rat einig –, dass irgendwann gar keine Cars mehr in die Stadt Luzern hineinfahren; das würde keinen Sinn machen. Man muss sich aber vor Augen führen, dass bei einer allfälligen Aufhebung von drei Anhalteplätzen am Schwanenplatz sich immer noch Carparkplätze am Löwenplatz, am Alpenquai, am Landenberg, am Kasernenplatz und auch im Brüelmoos befinden. Die Bevölkerung wäre enttäuscht, wenn die Stadt ein Grossprojekt als die ultimative heilbringende Lösung verkaufen würde und trotzdem immer noch Cars in der Stadt Luzern herumfahren. Wie in anderen Politikbereichen – das ist übrigens im vorliegenden B+A bezüglich der Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum hervorragend beschrieben –, ist die G/JG-Fraktion der Meinung, dass es verschiedene Mosaiksteinchen, ein Bündel von Massnahmen braucht, um diese Problematik managen zu können. Natürlich braucht es einen Ersatz für die Carparkplätze am Inseli. Die einen Carparkplätze, die aufgehoben werden sollen, stehen im Zusammenhang mit Reisen ab Luzern, inklusive Gössi, Twerenbold, Flixbus und Co., was auch immer es da gibt. Da ist die kantonale Arbeitsgruppe gefordert, die den Auftrag hat, einen geeigneten Standort für ein Fernbusterminal zu finden. Dafür gibt es ein paar Rahmenbedingungen; sicher muss der Standort gut mit dem ÖV erschlossen sein. Eine der wichtigsten Massnahmen, die für die G/JG-Fraktion zwingend ist, ist ein funktionierendes Slot-Management. Die Fraktion versteht nicht, warum sich der Stadtrat mit Händen und Füssen dagegen wehrt. Dazu wurde im Rahmen des Carparkierungskonzepts eine Protokollbemerkung überwiesen. Im vorliegenden B+A liest man aber gar nichts davon. Ein funktionierendes Slot-Management ist effizient, ressourcenschonend und kostengünstig. Wie bei allen Infrastrukturanlagen ist eine Steuerung das, was Zukunft hat; Stichwörter sind Smart Metering, Reisezeitveränderungen, Abflachung von Spitzenstunden.

Was bedeutet das jetzt für das weitere Vorgehen? Die G/JG-Fraktion wies früh darauf hin, dass es eine saubere Problemanalyse braucht. Damit man aus ihr ein gutes Fundament bauen kann, muss sie breit abgestützt sein. Die Fraktion will darum einen breit abgestützten Partizipationsprozess mit den verschiedenen Perspektiven und mit der Bevölkerung. In diesem Prozess soll eine Problemanalyse gemacht und daraus ein Zielzustand formuliert werden, beides sowohl zur Carparkierung wie auch zum Thema Tourismus. Wenn das gemacht ist, kann man daraus verschiedene Rahmenbedingungen und Massnahmen ableiten, die das zukünftige Carregime zu erfüllen hat. Natürlich kann man der G/JG-Fraktion jetzt auch vorwerfen, sie sei ja selber nicht ergebnisoffen, weil sie die Innenstadtparkhäuser ablehnt. Das ist die Haltung der G/JG-Fraktion, mit welcher sie in diesen Prozess starten will, wie auch andere mit einer anderen Haltung in diesen Prozess starten. Die Fraktion ist aber überzeugt, dass man nur, wenn man zusammen diskutiert, einen gemeinsamen Lösungsweg, gemeinsame Lösungsschritte finden kann. Dieser Prozess kann neue Impulse geben und bietet die Chance, einen breit abgestützten Zielzustand zu definieren, der von einer breiten Mehrheit getragen wird und auf den die Stadt zugehen kann. Das ist der von der G/JG-Fraktion gewünschte Prozess, wie sie ihn in den von ihr eingereichten Vorstössen schon skizziert hat. Die Sprechende hörte in den Voten vorhin, dass im Grundsatz sehr ähnliche Vorstellungen vorhanden sind. Ein grosser Stolperstein in einem ergebnisoffenen Prozess sind jedoch die beiden eingereichten Volksinitiativen. Die Sprechende will diese nicht als Störfaktoren im engeren Sinn bezeichnen, das würde nicht ihrem demokratischen Verständnis entsprechen. Jede Initiative ist wichtig und richtig. Aber für eine Entflechtung und für ein gemeinsames Vorgehen sind die beiden Initiativen eine

Hürde. Die Sprechende glaubt, dass das Ziel beider Initiativen auch mit dem skizzierten Vorgehen erreicht werden könnte, die beiden Projekte sind nicht ausgeschlossen, sondern man macht einen Schritt zurück und schaut, was überhaupt das Richtige ist. Dann kann man immer noch überprüfen, ob die beiden Projekte – beide zusammen wird es ja kaum geben – in die Kränze kommen oder nicht. Nur nachdem die beiden Initiativen zurückgezogen worden sind, kann die Stadt die Chance wahrnehmen und in einen nachhaltigen und zielführenden Prozess gehen. Die G/JG-Fraktion weist darum den B+A zurück. Ihre Erwartung an den neuen B+A ist, dass man die beiden Themen Aufenthaltsqualität und Carparkierung auseinandernimmt. Sie stellt sich einen B+A vor, der die Attraktivierung des öffentlichen Raums, die Aufenthaltsqualität und die Massnahmen aufzeigt, wie man diese Aufenthaltsqualität stärken kann. Einige Ausführungen aus dem vorliegenden B+A kann man übernehmen. Ein zweiter B+A soll einen Kreditantrag enthalten und eine Roadmap, wie dieser partizipative Prozess aussieht, unter Einbezug aller Interessierten, inklusive der Bevölkerung.

Cyrill Studer Korevaar will noch auf zwei, drei Punkte aus den Eintretensvoten der anderen Fraktionen eingehen. Der Gruppentourismus ist sicher ein ganz wichtiger Bereich, der parallel dazu diskutiert werden muss. Die Studie «Gruppentourismus in Luzern» zeigt ja deutlich auf, dass in den letzten sieben Jahren pro Jahr 10 % mehr Touristencars in die Stadt hereinkamen. Die Stadt muss sich überlegen, in welche Richtung es gehen soll, was sie in Zukunft will, was für eine Touristenqualität sie in Zukunft anstreben will. Jeder kann und soll sich selber fragen, was ihm lieber ist: ein Tourist, der sich während 60 bis 90 Minuten in der Stadt aufhält, oder jemand, der zwei, drei Tage in der Stadt verweilt, den man vielleicht auch einmal an einem Konzert in der Schüür trifft usw., also jemand, der sich wirklich intensiv und nachhaltig mit unserer Stadt, mit unserer Region auseinandersetzt. Es wurde teilweise gesagt, man befürchte, dass man letztlich, wenn das Innenstadtparking zu stark eingeschränkt wird, nur noch ein «Ballenberg» hat. Der Sprechende befürchtet gerade das Gegenteil. Jetzt wird z. B. das letzte Restaurant am Grendel schliessen, das «Emilio». Dort wird ein zusätzlicher Schmuck- und Uhrenladen hineinkommen. Das bedeutet für den Sprechenden «Ballenberg», wenn es immer mehr in diese Richtung geht und sich in der Innenstadt keine einheimische Bevölkerung mehr aufhält, keine einheimischen Konsumenten, weil diese nur noch in die Shoppinganlagen ausserhalb der Stadt flüchten. Selbstverständlich muss man dieses Problem gleichzeitig mit angehen. Trotzdem äussert der Sprechende nochmals den Wunsch und die Bitte, jetzt auf den B+A einzutreten. Er zeigt den Unterschied zwischen der Allmend und den anderen drei Grossprojekten an einem Beispiel: Ein Quartier merkt, dass in einem Schulhaus in Zukunft zu wenig Schulraum zur Verfügung stehen wird. Was macht man? Man kommt eben nicht gleich mit der Betonmaschine, sondern man klärt einmal ab, man erstellt ein Provisorium, man versucht, die Fakten zu erheben, wie sich das Quartier weiterentwickelt. Dann, nach ein paar Jahren, fällt man eine konkrete Entscheidung, fasst einen konkreten Plan und erstellt vielleicht einen Zusatzbau. Die Allmend ist etwas anderes als die drei anderen Projekte, eine Lösung auf der Allmend heisst nicht, dass es für alle Ewigkeit so sein wird, eine Lösung auf der Allmend kann man ausprobieren und nach zwei oder drei Jahren das Experiment wieder abbrechen. Dann muss man vielleicht wieder einen Schritt zurück machen, aber immerhin mit anderen Erkenntnissen. Es geht darum, in diesem Sinn keine Zeit zu verlieren. Der Sprechende hat es gesagt, die SP/JUSO-Fraktion ist offen, die Hand zu reichen, aber ganz klar unter der Bedingung, dass die Allmend ehrlich aus-

probiert wurde und nicht von Anfang an irgendeine Hidden Agenda vorhanden wäre, gemäss welcher man die Allmend-Lösung sowieso abschliessen möchte. Unter dieser Bedingung ist die SP/JUSO-Fraktion bereit, wirklich auch ein Innenstadtparking weiterhin seriös zu diskutieren.

Stadtpräsident Beat Züsli wird in einem ersten Durchgang allgemein zu den Eintretensvoten Stellung nehmen, Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula wird ihn dann in den Punkten ergänzen, wo es um spezifische Aspekte geht. Er dankt für die Rückmeldungen; positiv formuliert kann man sagen, dass es eine grosse Vielfalt an Meinungen, Ideen und Vorschlägen gibt. Aber neben dieser positiven Seite muss man auch feststellen, dass eine relativ grosse Unübersichtlichkeit besteht. Die Diskussion heute widerspiegelt die Diskussion, die in den letzten Wochen und Monaten stattfand. Es gibt viele Einzelinteressen, die sich jeweils aus der einzelnen Position heraus sehr gut begründen lassen. Aber das Beharren auf einer Einzelposition macht es schwierig, einen Schritt weiterzukommen. Spürbar ist heute jedoch auch, dass das Parlament weiterkommen will, es will einen Schritt weitergehen. Die Frage ist nur, wie. Der Sprechende möchte nicht einen langen Rückblick machen, aber er erinnert daran, dass jetzt bereits seit etwa 60 Jahren über ein Innenstadtparkhaus diskutiert wird. Es gab die unterschiedlichsten Ideen: unter der Reuss, im Musesgghügel – diese Idee wurde mehrfach wieder aufgenommen –, auch ein Parkhaus unter dem Schweizerhofquai ist keine neue Idee. Es ging dabei um PW-Parkhäuser, zum Teil mit Cars, zum Teil ohne Cars. Selbst eine Volksabstimmung zu einem Parkhaus Falkenplatz in den 80er-Jahren brachte keine abschliessende Klärung. Darum kann man sagen, dass der Kern des Berichts und Antrags, den der Stadtrat dem Parlament jetzt vorgelegt hat, die Partizipation ist. Der Stadtrat will einen breiten Stadtentwicklungsprozess starten, insbesondere vor dem Hintergrund dieser Thematik. Alle Beteiligten, alle Betroffenen sollen einbezogen werden, sie sollen mitdiskutieren können, sie sollen auch mitbestimmen können. Der Stadtrat möchte damit ein Mobilitätsproblem lösen, das wir in der Stadt Luzern haben. Man kann dazu auch festhalten, dass es nicht das hauptsächliche Mobilitätsproblem der Stadt ist, aber es ist ein wesentliches, und es wäre wichtig, nach diesen langen Diskussionen einen Schritt weiterzukommen. Die Stadt startet aber nicht auf der grünen Wiese. Der Sprechende hat jetzt mehrfach gehört, man müsse zuerst eine Analyse machen, man müsse noch einmal einen Schritt zurückgehen. Er erinnert daran, dass es bereits heute eine irgendwie funktionierende Carparkierungslösung gibt. Sie funktioniert mehr oder weniger gut, sie ist aber aus Sicht des Stadtrates keine zukunftssträchtige Lösung. Sie ist z. B. nicht auf grössere Veränderungen ausgerichtet, z. B. auf ein starkes Wachstum, das in kurzer Zeit stattfinden kann, wie man es auch schon erlebt hat. Und sie beinhaltet auch immer latent ein Sicherheitsproblem. Die Stadt startet aber auch bezüglich der Erkenntnisse nicht auf der grünen Wiese. Sie hat ein Carparkierungskonzept entwickelt. Vorgängig gab es eine Analyse dazu. Das Carparkierungskonzept ist vielleicht aus einer gewissen Sicht zu stark auf den Verkehr selber bezogen. Der Stadtrat hat jetzt mit der Interface-Studie noch einmal eine breite Auslegeordnung unter Einbezug von externen Experten machen lassen. Es wurde noch einmal das gesamte Spektrum möglicher Lösungen beurteilt. Neben diesen inhaltlichen, fachlichen Arbeiten gab es auch über diverse Vorstösse eine breite Rückmeldung aus dem Parlament, und andererseits auch Rückmeldungen aus der Bevölkerung und aus den betroffenen Branchen. Aus diesen Rückmeldungen und aus der Studie von Interface war erkennbar, dass die Allmend ein Potenzial hat. Der Stadtrat sagte nie und schreibt es auch nicht in diesem Bericht und Antrag, dass er die Lösung jetzt schon kenne. Er weiss nicht, wie die

Lösung auf der Allmend aussehen wird, wie sie funktionieren kann, was sie von der ganzen Carthematik effektiv abdecken und was sie allenfalls eben nicht abdecken kann. Das will der Stadtrat in diesem breit abgestützten Prozess zusammen mit allen Beteiligten, mit allen Betroffenen entwickeln. Er will kein Experiment; dieser Begriff wurde heute ein paar Mal verwendet. Experiment ist ganz klar der falsche Begriff; der Stadtrat will kein Experiment. Er möchte Tests durchführen, aber erst dann, wenn sie sorgfältig ausgearbeitet sind, unter Einbezug aller Beteiligten, sodass alle Beteiligten sich darauf einlassen können, diesen Lösungsansatz einmal auszuprobieren, weil er ihnen sinnvoll erscheint. In diesem Sinn kann man nicht sagen, der Stadtrat lasse sich auf ein Abenteuer ein. Sehr wichtig ist dem Stadtrat auch die Allmend. Es ist ganz sicher nicht so, dass er die Allmend jetzt dem Verkehr und der Carparkierung opfert. Die Allmend hat einen hohen Stellenwert, darauf wurde mehrfach hingewiesen. Sie ist ein Freiraum, sie ist ein wichtiger Raum für die Öffentlichkeit. Im Raum Allmend gelten bestimmte Grundsätze, z. B. dass westlich der Horwerstrasse keine Hochbauten erstellt werden sollen. An diesen Grundsätzen orientiert sich der Stadtrat, er will sich an sie halten.

Dem B+A gegenüber wurden in den Voten der Fraktionen viele Vorbehalte geäussert. Aus Sicht des Stadtrates wäre es durchaus machbar, auf alle diese Vorbehalte einzugehen, wenn man jetzt auf den B+A eintreten und ihn diskutieren würde. Die Diskussion müsste wahrscheinlich nicht hier im Rat stattfinden, sondern in der Kommission, aber eigentlich sind alle Punkte in diesen B+A integrierbar. Aus Sicht des Stadtrates ist eine Rückweisung daher nicht nötig. Wenn man z. B. die Forderung nach einer Spezialkommission nimmt, so hat es das Parlament selber in der Hand, eine solche einzusetzen. Schon das könnte ein Ansatz sein, die Diskussion über Lösungen breiter abzustützen. Oder der Einbezug des Metro-Projekts: Der Stadtrat hat seine Haltung zu diesem Projekt schon in der früheren Studie dokumentiert. Er wird sich jedoch überhaupt nicht dagegen wehren, auch das Metro-Projekt im Rahmen des gewünschten Vergleichs als eine der denkbaren Optionen einzubeziehen. Auch das ist möglich, wenn der Grosse Stadtrat auf den B+A eintritt und die Diskussion stattfinden kann. Oder die Frage des Tourismus: Natürlich sieht der Stadtrat die Zusammenhänge zwischen der Carparkierung und dem Tourismus. Bei der Diskussion zu diesem Thema muss man vielleicht noch einmal einen Schritt zurückgehen. Der Stadtrat möchte eine Diskussion über den Tourismus führen, er spricht sich ja auch im B+A für die Überweisung der Motion 159: «Vision Tourismus Luzern 2030» aus. Was der Stadtrat aber nicht möchte, ist, dass diese Diskussion zuerst abschliessend geführt werden müsste und man erst dann wieder auf die Carparkierung zurückkommen würde. Das wäre nach Ansicht des Stadtrates nicht zielführend. Die Prozesse zu diesen beiden Themen können gleichzeitig stattfinden, mit einem gegenseitigen Austausch zwischen ihnen. Dem Stadtrat scheint es wichtig, bei der Carparkierung weitergehen zu können. Der Vorschlag des Stadtrates mit der Prüfung der Allmend verschliesst sich gegenüber den Lösungen mit einem Innenstadtparkhaus nicht, besonders deshalb nicht, weil man noch nicht weiss, wie die Allmend funktionieren und in welchem Bereich sie einen Lösungsbeitrag leisten kann. Der Stadtrat setzt aber ganz klar auf die Entlastung der Innenstadt und damit auch auf ihre Attraktivierung. Das ist der Teil, der auch in den Voten der Fraktionssprecherinnen und -sprecher ziemlich unbestritten war: Die Innenstadt hat ein Aufwertungspotenzial, ein Attraktivierungspotenzial, und dieses Potenzial soll die Stadt auch nutzen. Eine Konzentration der Carparkierung, sei es eine vollständige oder eine teilweise Konzentration, bietet aus Sicht des Stadtrates den Vorteil ei-

ner besseren Steuerung. Selbstverständlich will der Stadtrat die besseren Steuerungsmöglichkeiten, auch die digitalen Möglichkeiten aufnehmen. Soviel der Sprechende weiss, hat sich der Stadtrat nie gegen ein Slot-Management ausgesprochen, es gibt keinen Grund, sich gegen solche Entwicklungen zu wehren. Aber gerade auch solche Massnahmen müsste man im Zusammenhang mit einer Allmendlösung noch genauer prüfen.

Mit diesem B+A baut der Stadtrat eine Brücke. Vielleicht weiss man, wenn man sich jetzt auf diese Brücke begibt, noch nicht genau, was einen am anderen Ende erwartet, vielleicht hat es auch noch ein bisschen Nebel. Es braucht deshalb Mut, über diese Brücke zu gehen, man muss sich vielleicht einen Ruck geben. Die einen, die einer Allmendlösung gegenüber skeptisch sind, müssen sich darauf einlassen wollen, dass man eine solche Lösung prüft, diejenigen, die grundsätzlich gegen Innenstadtparkhäuser sind, müssten sich einen Stoss geben und diese Option offenlassen. Der Stadtrat plant sie ja nicht weiter, sondern stellt sie einfach in einen Vergleich.

Der Sprechende kehrt an den Anfang dieser Diskussion zurück: Was will die Stadt denn? Es gibt ein gemeinsames Interesse: Alle stimmen darin überein, dass sie die Innenstadt entlasten wollen, dass sie sie attraktiver gestalten wollen. Auch wenn die Cars nicht die grosse Verkehrsmenge darstellen, sind sie im engen, stark belasteten Perimeter der Innenstadt ein Problem. Die Stadt Luzern ist historisch gesehen eine Touristenstadt, die, wie man festhalten darf, traditionell dem Tourismus gegenüber eine sehr positive Grundhaltung zeigt. Aus Sicht des Stadtrates ist es ganz wichtig, dass die Stadt diese positive Grundhaltung und die hohe Akzeptanz dem Tourismus gegenüber beibehält. Der Sprechende möchte nicht Beispiele von anderen Städten anführen, in welchen das in den letzten Jahren genau in die entgegengesetzte Richtung lief. Der Cartourismus und die Carparkierung sind eine Art Symbol für den Tourismus in der Stadt Luzern, auch wenn sie gar nicht so stark als Problem wahrgenommen werden und es von ihrer wirklichen Bedeutung her auch nicht sind. Der Schwanenplatz und der Löwenplatz bilden diesen Symbolcharakter ab. In diesem Zusammenhang ist die Stadt aufgerufen, einen Schritt weiterzugehen und eine Perspektive für die Zukunft zu öffnen. Der Stadtrat hat einen Vorschlag vorgelegt; er ist immer noch der Meinung, dass es ein guter Vorschlag ist. Er steht voll hinter diesem Vorschlag. Selbstverständlich kann der Stadtrat auch rechnen und sieht, dass es heute schwierig wird, eine Mehrheit zu erhalten. Das Parlament muss jetzt entscheiden, ob es diesen Schritt weitergehen will oder nicht. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, auf die Weiterentwicklung einzutreten, denn es ist wichtig, dass die Stadt jetzt vorwärtsgehen kann und nicht einen oder zwei Schritte zurückgehen muss. Der Stadtrat hält darum am B+A fest und bittet das Parlament, diesen Weg gemeinsam mit ihm zu gehen und auf den B+A einzutreten.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula will Stadtpräsident Beat Züsli in ein paar Punkten ergänzen. Erfreulich in dieser Diskussion ist, dass in Bezug auf die Aufwertung ein ziemlich grosser Konsens besteht; die Aufwertung der Innenstadt ist nicht das grosse Diskussionsthema. Der Sprecher der GLP-Fraktion formulierte, er habe nicht genau herausgefunden, welchen Mehrwert die Stadt mit dem, was sie in den letzten Jahren unternahm, erreicht habe. Der Sprechende weist ihn darauf hin, dass die Stadt die Aufwertung und Attraktivierung der Innenstadt in den letzten Jahren schon intensiv verfolgte. Beispiele sind der Mühlenplatz, das Vögeligärtli, die Hirschmatt, die Kleinstadt, das Gebiet Grendel-Löwengraben, das Bleichergärtli; für die Bahnhofstrasse sind Planungen im Gang. Die Stadt versucht also, für die Gäste, aber ebenso für diejenigen, die in

der Stadt wohnen oder in der Stadt ihren Arbeitsplatz haben, gute Bedingungen zu schaffen. Es freut den Sprechenden, wenn man erkennt, dass der Stadtrat sich wieder einen Ruck gab, einen weiteren Schritt im Bereich der Aufwertung zu machen. Die Stadt hat sich übrigens auch während der Zeiten der Sparpakete um die Aufwertung bemüht: So entstand z. B. das Projekt Kleinstadt unter sehr engen finanziellen Parametern. Wie der Sprechende jedoch wahrnahm, wird dem Stadtrat von verschiedenen Seiten her noch nicht genügend Vertrauen entgegengebracht. Dieses Thema kommt zum Teil auch im Zusammenhang mit der Forderung nach einem partizipativen Prozess zum Vorschein. Es wurde dem Stadtrat vorgeworfen, er lebe die Partizipation nicht. Der Sprechende sieht das anders: Es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass die Stadt gerade im Bereich der Aufwertung der Innenstadt sehr intensiv mit der Bevölkerung zusammenarbeitet. Wieder kann der Sprechende auf die Bahnhofstrasse oder die Hirschmatt verweisen, auch auf den «Runden Tisch Fasnacht». Solche Beispiele belegen, dass die Stadt sehr wohl partizipative Prozesse kennt und es ihr ernst ist, sich auf sie einzulassen.

Es wurde kritisiert, der Stadtrat sei nicht ergebnisoffen, da er bereits mit bestimmten Vorstellungen in einen solchen partizipativen Prozess hineingehe. Das kann man kritisieren. Der Sprechende weist jedoch darauf hin, dass schon recht lange über das Carregime diskutiert wird. Er ist jetzt bald sechs Jahre im Amt; das Carregime war von Anfang an ein Thema. Es gab die PwC-Studie, aber der Stadtrat erkannte, dass er diese Ergebnisse schärfer fassen und weiterentwickeln muss. Deshalb liess er eine eigene Studie erstellen, die AKP-Studie. Als man dann in der Diskussion auf eine Blockade zusteuerte, gab der Stadtrat noch eine externe Studie in Auftrag. Gerade in diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass das Vertrauen zum Teil nicht vorhanden war; dem Stadtrat wurde vorgeworfen, er habe den Verfassern quasi vorgegeben, sie müssten die Allmendlösung pushen. Das war überhaupt nicht der Fall, die Stadt erteilte den Externen den Auftrag, sich von einer Aussensicht her zu überlegen, was für die Weiterentwicklung der Carparkierung in der Stadt Luzern geeignet sein könnte. Die Stadt hat überhaupt nichts vorgegeben, sie hat nur ihre bisherigen Daten geliefert, und diese sind relativ umfangreich. Es wurde jetzt auch kritisiert, es sei keine saubere Analyse gemacht worden. Richtig daran ist, dass es kein klares, scharfes Bild gibt, wie sich z. B. der Gruppentourismus entwickelt, auf was sich die Stadt diesbezüglich einrichten soll. In der AKP-Studie wurde zugrunde gelegt, dass man ungefähr das aktuelle Volumen plus 10–20 % Sicherheitsreserve bewältigen können sollte. Im Bericht zur Carparkierung hat der Stadtrat Folgendes formuliert, und er steht zu diesen Aussagen: «Aufgrund der grossen, auch wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus für die Stadt Luzern werden im Stadtzentrum auch weiterhin Carparkplätze und vor allem Caranhalteplätze zur Verfügung gestellt werden müssen. Insbesondere die touristischen Einkaufsangebote im Bereich Schwanenplatz/Grendel und am Löwenplatz müssen in ihrer Attraktivität erhalten bleiben.» Der Stadtrat macht also klare Aussagen und bildet seine Ansicht in Berichten und Anträgen ab. Natürlich kann man immer noch weiter analysieren, natürlich kann man eine Vision Tourismus erstellen. Dazu ist der Stadtrat ja bereit. Es ist jetzt die Frage, wie man vorgehen soll. Der Stadtrat sagte ganz klar, dass er mit der Bevölkerung, mit den Betroffenen und den Beteiligten in einen partizipativen Stadtplanungsprozess gehen will. Von vielen hat der Sprechende gehört, das sei der richtige Weg, man müsse versuchen, alle einzubeziehen. Die Frage ist nur, ob man wirklich total offen in diesen Prozess hineingeht, obwohl man schon seit vier, fünf Jahren am Thema arbeitet, oder ob man sagt, der Vorschlag des Stadtrates wäre ein Lösungsansatz. Der

Stadtrat stellt ja zwei Lösungsansätze zur Diskussion: einerseits die Allmend mit Überlauf, andererseits die Allmend ergänzt mit einer Innenstadtparkierung. Natürlich tauchen immer wieder zusätzliche Ideen auf, vielleicht kommt auch noch eine schlagfertiger Idee als bisher auf den Tisch, die man dann selbstverständlich auch einbeziehen würde. Für den Stadtrat ist jedoch klar, dass er zentrale Planungsprozesse nicht quasi privatisieren möchte. Aber diese Projekte wurden an die Stadt herangetragen, und so musste sie sich damit beschäftigen. Die Projekte, die jetzt im Bereich Carparkierung diskutiert werden, kamen nicht aus der Stadtverwaltung heraus.

Ein Thema ist auch die Weiterentwicklung der digitalen Möglichkeiten. Der Stadtrat wehrt sich überhaupt nicht gegen ein Slot-Management. Dass es nicht so schnell umgesetzt wird, liegt daran, dass es kein ganz einfaches Unterfangen ist. Die erste Stufe ist eine webbasierte Informationsplattform, die den Carchauffeuren oder -chauffeusen zeigt, wo ein freier Parkplatz ist. Das ist die Basis. Die Stadt hoffte, das auf den 1. Mai hin realisieren zu können, zusammen mit ewl und ihrem Unternehmen Arcade. Leider ist man noch nicht so weit, einfach von den technischen Möglichkeiten her. Es gibt sehr viele Leitungen im Boden, es gibt Störsender; die Technik, die es ermöglichen würde zu wissen, ob ein Parkplatz besetzt ist oder nicht, ist noch nicht verlässlich. Daran wird gearbeitet, die Stadt hofft, dass die Realisierung vielleicht auf den Herbst erfolgen kann. Die erste Basis wäre also, diese Informationen zu haben. Eine zweite Stufe könnte ein Bepreisungssystem sein, und eine dritte Stufe ein Reservationssystem. Auch dazu braucht es selbstverständlich einen partizipativen Prozess und einen guten Einbezug der Betroffenen und Beteiligten. Die Stadt wird die digitalen Möglichkeiten weiterentwickeln, weil sie helfen, die Ressource des knappen Platzes besser in den Griff zu bekommen, den knappen Platz besser zu nutzen und zu wissen, wo leerer Platz vorhanden ist. Die Stadt kann allerdings auch nicht ewig mit der Weiterentwicklung des Carregimes warten. Hier kann der Sprechende auf das Carparkierungskonzept verweisen: Die Stadt ist daran, die kurzfristigen und mittelfristigen Massnahmen umzusetzen, welche im Grossen Stadtrat besprochen wurden. Im Moment gilt für den Schwanenplatz und den Löwenplatz ein Regime, das funktioniert, das man verstetigen konnte. Der Kasernenplatz wurde umgebaut und verschiedene kleinere Massnahmen wurden umgesetzt. Die Stadt ist intensiv daran, die Situation möglichst zu verbessern. Deshalb ist es dem Stadtrat sehr wichtig, dass man jetzt auf diese Diskussion eintritt; die Mitglieder des Grossen Stadtrates können dem Stadtrat das Vertrauen schenken, dass er den partizipativen Prozess breit und gut angehen will. Ein Eintreten auf den B+A wäre sehr wichtig. Als Erstes müsste man dann wahrscheinlich noch einmal eine Diskussion in der Kommission führen. Der Stadtrat hatte auch eine Frist einzuhalten: Er hatte nicht mehr Zeit als ein Jahr, um zur Initiative Stellung zu nehmen. In dieser Zeit hat er nach Ansicht des Sprechenden einen guten B+A geschrieben, er hat die beiden Themen, die über die Initiative verknüpft sind, aufgenommen: die Aufwertung der Innenstadt und die Carparkierung. Der Stadtrat möchte, dass das Parlament jetzt auf diese Diskussion eintritt, aber der Entscheid liegt natürlich beim Parlament.

Fabian Reinhard: Der Stadtrat hat sich noch einmal für seinen B+A stark gemacht. Er hat aber, wie der Sprechende glaubt, bereits zur Kenntnis genommen, dass dieser B+A hier drin keine Mehrheit finden wird. Fünf von sechs Fraktionen sind dagegen. Das kommt nicht ganz überraschend. Bereits in der Baukommission wies eine Mehrheit den B+A zurück. Die Fraktionen im Grossen Stadtrat haben nach Ansicht des Sprechenden einen Schritt aufeinander zu gemacht und es ist ihnen ernst damit. Auch der Stadtrat hat einen Schritt auf das Parlament zu gemacht; auch ihm ist

es, wie der Sprechende glaubt, ernst damit. Dass er den B+A trotz der Rückweisung in der Kommission noch in den Rat brachte, hat er ja damit begründet, er wolle heraushören, wie die Stossrichtung sein soll und wie der Auftrag lautet, den das Parlament ihm geben will. Jetzt hat der Stadtrat in seinen Voten noch einmal für seinen B+A argumentiert, der, wie der Sprechende dem Stadtrat versichern kann, bereits verloren ist. Der B+A wird zurückgewiesen werden. Der Stadtrat muss also weiterdenken. Wie der Auftrag des Parlaments lautet, wurde von allen Fraktionen ausgeführt. Der Sprechende wünscht, dass der Stadtrat dem Parlament jetzt zusammenfassend sagt, was er verstanden hat. Dann wissen die Mitglieder des Parlaments, bevor sie über die Rückweisung abstimmen, dass der Stadtrat wirklich verstanden hat, was sie sagen wollten.

Jules Gut wusste bereits, als er heute Morgen in den Rat kam, wie es herauskommen würde. Jetzt hörte er einen Stadtrat, der sich seiner Ansicht nach der Realität komplett verschliesst. Er versteht die Voten vonseiten des Stadtrates nicht. Der Stadtrat weiss genau, dass sich fünf von sechs Fraktionen gegen den B+A aussprechen. Da hätte der Sprechende erwartet, dass der Stadtrat auf den Grossen Stadtrat zugeht und anerkennt, dass sich in diesem Rat alle bewegt haben. Die GLP-Fraktion hat absichtlich schon vor zwei Wochen offensiv intern kommuniziert, dass sie dem B+A nicht zustimmen wird. Da konnte sich der Stadtrat doch ausrechnen, dass es nicht reichen würde. Dass vonseiten des Stadtrates jetzt solche Voten gehalten werden, versteht der Sprechende nicht. Namens der GLP-Fraktion stellt er einen **Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion** und Rückweisung des Geschäfts an eine Spezialkommission, in welcher alle Fraktionen vertreten sind.

Ratspräsident András Özvegyi bemerkt zu diesem Ordnungsantrag, dass die Ratsmitglieder, die sich schon davor zu Wort gemeldet haben, noch sprechen dürfen, und auch der Stadtrat darf noch eine Replik machen. Danach wird über den Ordnungsantrag abgestimmt.

Reto Kessler will dem Stadtrat noch kurz etwas mitgeben. Zuallererst dankt er jedoch allen herzlich, dass man aufeinander zugeht und versucht, jetzt einmal eine Auslegeordnung zu machen und irgendwo Lösungen zu finden, die für die breite Menge tragbar sind. Das ist wichtig und zukunfts-trächtig für Luzern, damit am Schluss etwas herauskommt, von dem alle etwas haben. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hat die Interface-Studie angesprochen. Der Sprechende war ein grosser Kritiker der Lösungen, die dort herauskamen, denn sie sind sehr einseitig und zum Teil wurde nicht realistisch durchdacht, wie sie realisierbar wären. Der Sprechende hat einfach einen Wunsch, den man schon aus vielen Voten heute gehört hat: Der Stadtrat soll allgemein auf den Tisch legen, was jetzt alles kommen wird, damit man in einer Auslegeordnung zeigen kann, worum es geht oder worum es nicht geht. Dann kann man von dieser Basis aus weiterarbeiten. Der Sprechende findet eine Studie enttäuschend, bei welcher dreimal eine Allmendversion und als vierte Variante die heutige Situation als Lösung herauskommt. Das ist keine Studie, die ganzheitlich über die Stadt gelegt wird.

Korintha Bärtsch will ins gleiche Horn blasen wie ihre Vorredner. Mehrere Fraktionen haben gut ausgeführt, worum es ihnen geht. Wenn der Stadtrat nicht zugehört hat, bittet sie ihn, sich die Aufnahmen noch einmal anzuhören und das Protokoll gut zu lesen. Das Wichtigste ist vor allem, dass die Mitglieder des Stadtrates ihre Fraktionen fragen, was sie gesagt haben, und dass sie auch die

SVP-Fraktion fragen, was sie sagte. Wir kommen nur weiter, wenn nicht nur die Fraktionen im Parlament zusammenarbeiten, sondern eben auch der Stadtrat mit dem Parlament zusammenarbeitet. Die Sprechende wehrt sich gegen die Aussagen vonseiten des Stadtrates, wenn er sagt, er habe diese Analysen gemacht. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hat ausgeführt, die Leitungen der Digitalisierungsprojekte seien noch nicht fertig, man könne noch nicht sagen, welcher Parkplatz wie lange besetzt ist und welche Parkplätze überhaupt besetzt sind. Dann kann man doch nicht behaupten, diese Analyse sei fertig! Es ist doch wichtig zu wissen, wie die Cars parkieren, wo sie sind und wie lange sie dort sind, damit man eine passende Lösung dazu entwerfen kann. Stadtpräsident Beat Züsli sagte, der Stadtrat habe unter den möglichen Lösungen eine Auslegeordnung gemacht. Aber wenn ein Patient krank ist, muss man nicht darüber diskutieren, ob man ihm ein Originalmedikament oder ein Generikum gibt, sondern man muss herausfinden, warum diese Person krank ist, was die Ursachen sind, dass diese Person krank ist, und nicht bei den Lösungen beginnen. Darum will die G/JG-Fraktion eben diese Problemanalyse machen, und wie die Sprechende es verstanden hat, will das auch eine Mehrheit des Parlaments.

Stadtpräsident Beat Züsli: Der Stadtrat hat gut zugehört, sowohl heute als auch bereits bei der Kommissionssitzung. Er hat ja auch in einem Stadtratsbeschluss einen Vorschlag formuliert, weil er erwartete, dass der B+A zurückgewiesen werden könnte. Der Sprechende betont noch einmal im Namen des gesamten Stadtrates, dass alle Anliegen, die formuliert wurden, auch aufgenommen und integriert werden können, wenn der Grosse Stadtrat jetzt auf den B+A eintritt. Das wäre rein zeitlich ein Vorteil, man könnte einen Schritt weitergehen, man könnte diese Anliegen z. B. in einer Spezialkommission diskutieren. Zu entscheiden, ob es eine Spezialkommission geben soll, ist Sache des Parlaments, der Stadtrat würde sich überhaupt nicht dagegen wehren. Der Sprechende hat nichts gehört, kein Anliegen und keinen Aspekt, die unberücksichtigt bleiben würden, wenn der Grosse Stadtrat jetzt auf den B+A eintreten würde. Aber selbstverständlich würde der Stadtrat, wenn die Mehrheit des Grossen Stadtrates die Rückweisung beschliesst, das Vorgehen ändern. Das war ja auch das Hauptanliegen, das schon in der Kommission geäussert wurde und worüber bei einer grossen Mehrheit hier im Parlament Einigkeit besteht. Man würde dann einen Partizipationsprozess vorschalten und eine Zieldiskussion führen, die breiter ist, unabhängig ist von konkreten Lösungsansätzen. Der Stadtrat hat verstanden, dass man das zuerst machen möchte. Das ist aus Sicht des Stadtrates absolut möglich, es kann auch mit dem Antrag verbunden werden, eine Spezialkommission einzusetzen. Wie der Stadtrat im StB ebenfalls formulierte, wäre es auch wichtig, dass sich das Parlament überlegt, was mit der hängigen Initiative passiert. Dazu hat der Sprechende jetzt noch wenig gehört; es wäre jedoch gut, wenn man sich auch zu dieser Thematik noch äussern würde. Nach Ansicht des Stadtrates kann man das Anliegen vonseiten des Grossen Stadtrates aufnehmen: Es wird ein anderes Vorgehen geben, es wird ein Schritt zurück sein, man wird einen breiten Prozess durchführen. Dem verschliesst sich der Stadtrat überhaupt nicht; er will diesen Weg mit dem Parlament gehen, wenn er dazu führt, breiter abgestützte Lösungen erarbeiten zu können.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Es ist sehr wichtig, dass der Stadtrat genau weiss, was der Rückweisungsantrag beinhaltet. Dazu gab es in den verschiedenen Voten unterschiedliche Schattierungen. Der Sprechende hat versucht, sich alles zu notieren. Für die SVP-

Fraktion müssten z. B. alle Projekte auf den gleichen Projektierungsstand gebracht werden. Das eins zu eins zu erfüllen ist schwierig. Der Stadtrat hat gut zugehört. Er hat selbstverständlich auch diskutiert, wie es bei einer Rückweisung weitergehen würde. So naiv sind die Mitglieder des Stadtrates nicht, dass sie nicht geahnt hätten, dass es zu einer Rückweisung kommt. Sicher wichtig ist, dass man aufeinander zugeht. Der Stadtrat hat auch realisiert, dass in den letzten Wochen sehr viel diskutiert wurde, auch zwischen den Fraktionen. Das ist sehr gut, denn er möchte für so wichtige Bereiche wie Tourismus und Mobilität nicht mit Entscheidungen planen müssen, die mit 23 : 22 Stimmen gefällt werden, er möchte im Parlament und mit den Betroffenen und den Beteiligten wirklich einen breiten Konsens erreichen. Wenn die Allmendlösung weiterverfolgt wird, würde der Stadtrat das sehr, sehr sorgfältig tun, wie er es ja auch vorgesehen hat. Zu Korintha Bärtsch bemerkt der Sprechende, dass er in seinem vorherigen Votum nicht sagte, es gebe genug Analysen. Die Analysen kann man immer noch vertiefen, und dieses Anliegen nimmt der Stadtrat selbstverständlich auch mit. Das Anliegen, dass die Analysen noch vertieft werden sollen, war deutlich, und dass auch eine Verknüpfung mit der Diskussion Tourismus hergestellt werden soll – so jedenfalls hat der Sprechende es interpretiert. Da stellt sich die Frage, ob es zuerst einen partizipativen Prozess zum gesamten Thema Tourismus geben soll, um eine Vision Tourismus zu erarbeiten. Die zeitliche Dringlichkeit weist aber doch eher in die Richtung, dass man die beiden Themen gut verknüpfen muss. Selbstverständlich wird der Stadtrat die Auslegeordnung vollständig offenlegen, er wird die Problemanalyse und das Zielbild besser fassen, und ganz wichtig ist ein guter partizipativer Prozess mit allen, die zu beteiligen sind.

Ratspräsident András Özvegyi wendet sich an Jules Gut: Es ist dem Sprechenden nicht klar, ob es zwei Anträge sind, ein Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion und ein Antrag, eine Spezialkommission einzusetzen.

Jules Gut zieht den Antrag auf Einsetzung einer Spezialkommission zurück. Er hält nur am Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion fest.

Fabian Reinhard äussert sich zu diesem Antrag. Er hat seit dem Dezember 2016 zu diesem Thema im Grossen Stadtrat noch nie eine so gute Diskussion erlebt wie heute. Dass jetzt der Antrag gestellt wird, man solle sie abrechnen, findet er irritierend. Der Grosse Stadtrat ist heute in der Diskussion schon recht weit gekommen. Das Entscheidende an der Diskussion war, dass der Grosse Stadtrat dem Stadtrat mitgab, welcher Auftrag mit der Rückweisung verbunden ist. Über die Rückweisung wird bald einmal abgestimmt werden, und dann ist das geklärt. Was den Sprechenden natürlich auch irritiert hat, und vielleicht hat es auch Jules Gut irritiert, ist das Votum des Stadtpräsidenten. Der Sprechende weiss nicht, ob dieser heute Morgen das falsche im Voraus geschriebene Votum aus der Schublade nahm. Es kam ihm fast so vor, als hätte der Stadtpräsident das Votum hervorgehoben, das schon vor der Kommissionssitzung geschrieben wurde. Aber mittlerweile ist man ja an einem anderen Ort.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion ab.

Marcel Lingg will sich nicht inhaltlich äussern, sondern einen formellen Antrag stellen. Es sind sehr viele Zuschauer anwesend, die Medien sind da, auch mit einer Fernsehkamera: Man merkt also, dass das Öffentlichkeitsinteresse an dieser Diskussion grösser ist als bei anderen Diskussionen, die hier drin meistens ohne Publikum geführt werden. In diesem Sinn ist die SVP-Fraktion für Transparenz bei der folgenden Abstimmung. Sie fordert schon lange eine Abstimmungsanlage für alle Abstimmungen, damit man nachher im Internet nachsehen kann, wer wie abgestimmt hat, welche Fraktion wie gestimmt hat. Da es sich jetzt wie erwähnt um eine sehr wichtige Vorlage handelt, die öffentlichkeitswirksam ist, stellt die SVP-Fraktion den **Antrag, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen**. Der Sprechende ist sich bewusst, dass es kein so knappes Resultat geben wird, wie die SVP-Fraktion es noch an ihrer Fraktionssitzung vermutete, als sie beschlossen, diesen Antrag heute zu stellen. Die Fraktion will aber trotzdem am Antrag festhalten, dass die Abstimmung über das Eintreten oder Nicht-Eintreten unter Namensaufruf erfolgen soll.

Simon Roth hat aus den Voten, die bisher gehalten wurden, verstanden, dass eine Analyse gemacht werden soll, dass man eine Spezialkommission einsetzen will, was für ihn stark nach Arbeitsgruppe tönt; nachher wird es einen partizipativen Prozess geben, dann wird man versuchen, Lösungen zu erarbeiten. Der Sprechende will das nicht werten, aber es ist klar, dass am Schwanenplatz und am Löwenplatz in den nächsten 10 bis 15 Jahren alles so bleiben wird, wie es ist. Damit hat die Schmuck- und Uhrenindustrie wohl kein Problem, aber ob das bei der Bevölkerung auch so ist, lässt der Sprechende offen. Er wollte diesen Aspekt hier einfach auch noch festhalten.

Katharina Hubacher ist mit Fabian Reinhard einig: Es wurde heute versucht, miteinander eine Diskussion zu führen. Sie erschrak deshalb, dass Fabian Reinhard wieder so gegen den Stadtrat schoss, denn zwischen dem ersten und dem zweiten Votum des Stadtpräsidenten hat sie doch eine Veränderung gehört, dazwischen hat ein Schritt stattgefunden. Sie hofft, dass die anderen Ratsmitglieder das auch gehört haben. Es geht in die Richtung, in welche es, wie die Fraktionen hoffen, gehen soll, dass man nämlich noch einmal miteinander an den Tisch sitzt, die Analysen vertieft, sich zu einigen versuchen, was für einen Tourismus man will und wie er gesteuert werden soll. Um diese Diskussion wird man so oder so nicht herumkommen. Wenn man sagt, das seien unterschiedliche Themen und man schaue jetzt einfach nur die Carparkierung oder den Cartourismus an, ist das nach Ansicht der Sprechenden nicht ehrlich. Wir müssen uns letztlich darauf einigen, wie wir den Tourismus in dieser Stadt mitgestalten und mitsteuern wollen. Da sind alle aufgefordert, das ist eine sehr wichtige Diskussion, die wir miteinander, mit der Bevölkerung, mit allen Betroffenen führen müssen. Daraus heraus wird man nachher die Carparkierung diskutieren können. Die Carparkierung ist eine Diskussion, die daraus entsteht, aber es gibt auch noch andere Aspekte: Es gibt die Läden, die plötzlich nicht mehr da sind, Cafés, die eingehen usw. Alle diese Fragen müssen wir miteinander anpacken. Das hat die Sprechende im zweiten Votum des Stadtpräsidenten sehr wohl gehört: Der Stadtrat ist bereit, sich zusammen mit dem Grossen Stadtrat auf den Weg zu machen. Dass es für diesen Weg Zeit braucht, wissen alle; jeder partizipative Prozess braucht Zeit, aber letztlich hat sich ein solcher Prozess immer gelohnt, weil die Lösungen, zu welchen man dadurch gelangte, gar nicht so schlecht waren.

Jules Gut: Die Diskussion geht jetzt offenbar weiter, das ist ja super. Vielleicht muss man auch sehen, warum es 70 Jahre lang kein Parking gegeben hat: Weil man eben 70 Jahre lang nicht miteinander diskutieren konnte. Wenn der Rat jetzt aber darüber diskutiert, wer was richtig gemacht und wer was falsch gemacht hat, bringt uns das in der Sache nicht weiter. Darum wäre es einen Versuch wert gewesen, wie in einer Mediation üblich einen White-Sheet- oder White-Paper-Ansatz zu verfolgen, dass alle zusammenkommen und wieder Bauklotz um Bauklotz aufeinanderbeigen, um so einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Dazu braucht es Zeit, ein Jahr oder fünf Jahre oder zehn Jahre, aber andernfalls ist die Stadt in 20 Jahre noch genau gleich weit. Vielleicht ist das sogar das Parteiprogramm von irgendwelchen Leuten, dann wäre das auch okay. Es wäre der dringendste Wunsch des Sprechenden, dass sich die Stadt nicht in irgendwelche Einzelmassnahmen verliert oder darüber streitet, wer wann was gesagt hat, sondern dass sich alle zusammenraufen und ein Stück zurückgehen, eine Art Arbeitsgruppe, eine Spezialkommission oder was auch immer bilden und versuchen, die Bausteine irgendwie wieder zusammenzufügen, unter Einschluss des kooperativen Mitdenkens der ganzen Stadtregierung, damit eine tragfähige Lösung entsteht. Das wäre doch ein gefreutes Ergebnis der heutigen Sitzung.

Cyrill Studer Korevaar schliesst sich dem Votum von Jules Gut gern an. Der partizipative Prozess wird ja im B+A bereits stark beschrieben, und heute wurde klar, dass da noch mehr nachgelegt werden soll. Ob man deswegen jetzt den B+A ablehnen und noch einmal beim Schritt Null beginnen muss, bezweifelt der Sprechende. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sollen doch den Mut haben, zum B+A Ja zu sagen. Er bildet eine Grundlage, in ihm sind viele verschiedene Meinungen abgebildet, die schon einen guten Kompromiss darstellen. Der Grosse Stadtrat kann dann den partizipativen Prozess mit Protokollbemerkungen noch zusätzlich anreichern, sodass das Resultat im Endeffekt nahe an die Vorstellungen herankommt, die heute Morgen geäussert wurden.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Solche mediative, partizipative Prozesse brauchen Zeit. In diesem Fall ist es sicher lohnend, sich Zeit zu nehmen. Die Sprechende will jedoch noch einmal auf etwas hinweisen, was bereits der Stadtpräsident sagte: Es ist eine Initiative hängig. Der Stadtrat hat nach Gesetz die Pflicht, innerhalb eines Jahres nach Einreichen der Initiative dem Grossen Stadtrat einen Antrag zu unterbreiten, ob man sie annehmen oder ablehnen soll. Dieser Verpflichtung ist der Stadtrat mit dem vorliegenden B+A nachgekommen. Im B+A beantwortet er auch verschiedene Vorstösse, bei welchen auch Fristen gelten, zum Teil ein halbes Jahr, zum Teil ein Jahr. Einer dieser Vorstösse ist die Motion 159, mit welcher eine Vision Tourismus 2030 gefordert wird. Der Stadtrat ist bereit, sie entgegenzunehmen, er will diesem Auftrag nachkommen. Das Parlament hat es in der Hand, entweder auf die Anträge des Stadtrates zu den Vorstössen einzutreten und eine Meinung dazu abzugeben, oder den B+A eben zurückzuweisen und damit auch die Diskussion über die Vorstösse zu verschieben. Das ist der ganz normale politische, parlamentarische Prozess. Die Sprechende wüsste nicht, warum sich die Forderung der Mehrheit der Fraktionen, zuerst miteinander einen Prozess zu starten, und ein Eintreten auf den B+A gegenseitig ausschliessen müssten. Der Stadtrat hat dem Parlament den B+A vorgelegt, weil es seine Pflicht ist, im politischen Verfahren innert Frist Antworten zu liefern und Anträge zu unterbreiten.

Noëlle Bucher hat Fabian Reinhard so verstanden, dass es sein persönlicher Wunsch ist, die Initiative zurückzuziehen, was dem Stadtrat wieder mehr Zeit geben würde. Sie hofft sehr, dass Fabian Reinhard auch die anderen Initianten davon überzeugen kann, dass ein Rückzug der Initiative für den ganzen weiterführenden Prozess sinnvoll wäre.

Albert Schwarzenbach wollte auch auf diesen Punkt zu sprechen kommen. Damit der Prozess gelingt, der sich in den Voten der Fraktionen abzeichnete, sollte man ja die beiden Initiativen zurückziehen. Er stellt den Initianten der Metro-Initiative jetzt konkret die Frage: Sind sie bereit, ihre Initiative zurückzuziehen, wenn man sich jetzt auf diesen Weg begibt?

Stefan Sägesser: Dazu sind die Initianten im Moment nicht bereit. Im Moment geht es ja um die Initiative «Aufwertung der Innenstadt», nicht um die Metro-Initiative. Die Metro-Initiative wurde gestern eingereicht. Über einen Rückzug dieser Initiative würde man im weiteren Verlauf entscheiden.

Ratspräsident András Özvegyi kommt auf den Antrag von Marcel Lingg zurück, die Abstimmung zum Eintreten unter Namensaufruf durchzuführen. Es müssen mindestens zehn Ratsmitglieder damit einverstanden sein.

Das nötige Quorum kommt zustande. Die Abstimmung zum Eintreten wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Ratspräsident Andrés Özvegyi: Die Frage lautet, ob man dem Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung zustimmt oder nicht.

	JA	NEIN	Enthaltung		JA	NEIN	Enthaltung
Albisser Adrian		x		Özvegyi Andrés	<i>Ratspräsidium</i>		
Bärtsch Korintha	x			Pardini Gianluca		x	
Bucher Noëlle	x			Peduzzi Nora		x	
Candan Enver		x		Peter René	x		
Döbeli Stirnemann Sonja	x			Pilotto Maria		x	
Dommann Rieska	x			Reinhard Fabian	x		
Durrer Ivo	x			Rolla Christov	x		
Felder Andreas	x			Roth Simon		x	
Felder-Estermann Sandra	x			Sägesser Stefan	x		
Fries Mirjam	x			Schwarzenbach Albert	x		
Furrer Daniel		x		Soldati Claudio		x	
Gauch Yannick		x		Sonderegger Roger	<i>entschuldigt</i>		
Gfeller Thomas	x			Studer Korevaar Cyrill		x	
Gmür Peter	x			Studhalter Irina	x		
Grüter Bachmann Laura	x			Stübi Mario		x	
Gut Jules	x			van der Heiden Nico		x	
Hochstrasser Christian	x			Vetterli Luzia		x	
Hubacher Katharina	x			Willimann Mario	x		
Keller-Bucher Agnes	x			With Peter	x		
Kessler Reto	x			Wyrsch Judith	x		
Krähenbühl Jörg	<i>entschuldigt</i>			Wyss Martin		x	
Krummenacher Peter	x			Zanolla Lisa	x		
Lingg Marcel	x			Zeier-Rast Michael	x		
Müller Marco	x			Zimmermann Urs	x		

Der Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung wird mit 31 : 14 Stimmen angenommen. Somit ist der Grosse Stadtrat nicht auf den B+A 9/2018: «Attraktive Luzerner Innenstadt» eingetreten. Der B+A wird zur weiteren Überarbeitung zurückgewiesen.

**5 Postulat 180, Michael Zeier-Rast, Agnes Keller-Bucher und Peter Gmür
namens der CVP-Fraktion vom 1. März 2018:
Toilettensituation bei den Spielplätzen überprüfen und wo nötig verbessern**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Somit ist das Postulat 180 überwiesen.

**6 Postulat 203, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion
vom 2. Mai 2018:
Tribtschenstadt**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag.

Somit ist das Postulat 203 überwiesen.

Zum Antrag auf Abschreibung:

Sonja Döbeli Stirnemann setzt sich gegen die Abschreibung ein. Es ist noch nichts umgesetzt. Der Grosse Stadtrat hat die gängige Praxis, Vorstösse nicht abzuschreiben, solange man nichts sieht und nur das Versprechen des Stadtrates da ist, es komme dann einmal etwas. Die Diskussionen zur Aufwertung der Tribtschenstadt dauern schon drei Jahre. Bei der Erarbeitung der Massnahmen wurde die Bevölkerung einbezogen, seit drei Jahren hat die Bevölkerung grosse Hoffnungen, dass einmal etwas gemacht wird, dass z. B. ein Bänkchen mit Sitzlehnen aufgestellt, ein Rasenspielplatz realisiert wird, zusätzliche Bäume gepflanzt werden. Seit drei Jahren ist noch nichts gebaut und noch nichts gepflanzt. Würde der Grosse Stadtrat das Postulat jetzt schon abschreiben, wäre man wieder genau am gleichen Ort wie vorher, es würde weiterhin nichts passieren. Darum bittet die Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, gegen die Abschreibung zu stimmen.

Judith Wyrsch: Die GLP-Fraktion ist für die nullkommaplötzliche Abschreibung. Am 6. April 2017 hat der Grosse Stadtrat den B+A «Entwicklungskonzept für das linke Seeufer und das Tribtschengebiet» mit knapper Mehrheit überwiesen. Wer war dagegen? Die FDP-Fraktion, die SVP-Fraktion und leider auch ein grosser Teil der G/JG-Fraktion. Jetzt kann man im Postulat lesen, wie wichtig der öffentliche Raum sei, die Bestrebungen der Stadt würden unterstützt, die Aussenräume würden hoffentlich bald aufgewertet. Es geht da aber um ein Miniteilstückchen, was das Tribtschenquartier angeht. Der Stadtrat hat geantwortet, das Ganze ist in Bearbeitung, auch das Miniteilstückchen

wird angeschaut. Im B+A wurde zwischen Betrachtungsperimeter und Handlungsperimeter unterschieden, und das zur Debatte stehende Stück liegt klar im Betrachtungsperimeter. Die Sprechende kann eine solche kurzfristige Politik, wie sie sich mit diesem Vorstoss zeigt, einfach nicht verstehen. Die GLP-Fraktion ist im Sinn der Antwort des Stadtrates für Überweisung und Abschreibung des Postulats.

Katharina Hubacher schliesst sich der Haltung von Sonja Döbeli Stirnemann an. Der Grosse Stadtrat hat die Praxis, Vorstösse nicht abzuschreiben, wenn die Forderung nicht umgesetzt ist. Es ist klar, dass der Abschnitt, auf den sich der Vorstoss bezieht, Teil des Berichts und Antrags ist, auf welchen Judith Wyrch hinwies, aber jetzt geht es trotzdem um diesen konkreten Vorstoss. Der Stadtrat hat ihn beantwortet, damit ist die G/JG-Fraktion einverstanden. Aber abgeschrieben soll er dann werden, wenn die Umsetzung erfolgt ist.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Abschreibung des Postulats 203 ab. Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

**7 Postulat 200, Gianluca Pardini und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 26. April 2018:
Kein Denkmal für überholtes Weltbild auf dem Kornmarkt**

Das Postulat wurde zurückgezogen, vgl. oben «Zur Traktandenliste».

**8 Postulat 157, Maria Pilotto und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion vom 24. November 2017:
Familienergänzende Kinderbetreuung nachhaltig sichern und vorausschauend planen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Das Postulat 157 ist somit überwiesen.

**9 Interpellation 186, René Peter namens der FDP-Fraktion vom 23. März 2018:
HiG Massnahme 39 – im Leistungsbereich «Honorare für Leistungen an
Dritte» beim Tiefbauamt**

René Peter: Die Stadt benötigt für die Umsetzung der HiG-Massnahme 39 aus dem Jahr 2014 Zeit bis 2020, sogar bis 2021. Für die FDP-Fraktion ist das absolut unbefriedigend; man könnte die Preise heute durchaus am Markt vergleichen. Es geht nicht um ein Sparen, sondern darum, dass man am Markt eventuell mehr Einnahmen generieren könnte. Deshalb wird die FDP-Fraktion auch in Zukunft genauer hinschauen, wenn es um das Globalbudget beim Tiefbauamt geht.

Die Interpellation 186 ist somit erledigt.

**– Dringliche Interpellation 216, Mirjam Fries und Michael Zeier-Rast namens
der CVP-Fraktion vom 18. Juni 2018:
Marschhalt im Südpol?**

Michael Zeier-Rast: Die CVP-Fraktion erschrak über die Antwort des Stadtrates, da er durch die Situation im Südpol auch überrascht wurde. Der Stadtrat und der Verein Südpol sind jetzt gefordert, eine gute Lösung zu finden. Vor allem muss man prüfen, ob die vorhandenen Strukturen tragfähig sind, um den Südpol in die Zukunft zu führen. Der Südpol ist für die CVP-Fraktion eine wichtige Kulturstätte, die an einem interessanten Ort steht, wo das Leben pulsiert, wo ja auch zusätzlich gebaut wird. Es wäre verheerend, wenn man dort nicht eine gute Lösung finden würde.

Die Dringliche Interpellation 216 ist somit erledigt.

Ratspräsident András Özvegyi weist zum Schluss noch auf den Ratsausflug am Abend hin. Treffpunkt ist um 17.30 Uhr vor der Werkstatt des Stadttheaters in der Tribschenstadt. Er freut sich auf einen gemütlichen, geselligen Abend.

Schluss der Sitzung: 12.25 Uhr

Luzern, 17. August 2018

Der Protokollführer

F. Lienhard

Franz Lienhard

Eingesehen von:

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a horizontal line extending to the right.

Dr. Urs Achermann, Stadtschreiber